

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich (sonntags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. J. J. Schmidt & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernruf 100. — Preis für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 981. Postzustellungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Abgehenden vierteljährlich 6,30 Mk., monatlich 2,10 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 6,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Normtarifgebühr 20 Pf. im Restbetrag Seite 100 Mk., Beleggeld 20 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach 1001.

Nr. 27. Magdeburg, Sonntag den 1. Februar 1920. 31. Jahrgang.

Besteuerung der Verschwender.

Der Reichsfinanzminister hat in den bisherigen Steuerdebatten keinen Zweifel darüber gelassen, daß der künftige Geldbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden mit den Steuern, die verabschiedet bzw. vorgeschlagen sind, noch bei weitem nicht gedeckt werden kann. Der Geldbedarf der öffentlichen Körperschaften wächst mit jeder Preiswelle und der daraus folgenden Lohn- und Gehaltssteigerungen flutartig an. Allein die in den letzten Wochen infolge der neuesten Preissprünge unabwendbar gewordenen Neuerungszulagen bewirken eine Mehrbelastung der deutschen Steuerzahler um 2 1/2 Milliarden Mark. Alles Sinnen und Denken der Beamten des Reichsfinanzministeriums ist daher der Frage gewidmet, auf welche Weise weitere Milliarden Steuern zu gewinnen sind.

Eine beträchtliche Erhöhung der Kohlensteuer vom Reichsfinanzminister angekündigt. Die Kohlenpreise haben eine Entwicklung genommen, bei denen trotz der stark verminderten Kohlenförderung aus der Kohlenwertsteuer statt der ursprünglich erhofften halben Milliarde 2 Milliarden im Jahre gewonnen werden. Auf diese Summe kann der Reichsfinanzminister heute begreiflicherweise nicht verzichten. Ob aber die geplante Verdoppelung der Kohlensteuer (von 20 auf 40 Mark pro Tonne) zu tragen ist, das wird noch sehr überlegt sein, obgleich der Kohlenpreis in Deutschland trotz der phantastischen Steigerung in den letzten Monaten noch hinter dem Weltmarktpreis zurückbleibt. Eine so hohe Wertung der Kohle (die übrigens auch von der erhöhten Umsatzsteuer betroffen wird), wie sie sich aus einem 20prozentigen Steueraufschlag auf die heutigen Preise ergeben würde, müßte notwendig eine neue allgemeine Preiswelle nach sich ziehen, die in ihren Folgerungen wieder zu einer sehr starken Belastung der öffentlichen Körperschaften führen müßte. Darum muß zuvörderst jede andre Quelle erschöpft werden.

Wir Sozialdemokraten haben in den Steuerdebatten des letzten Jahres wiederholt darauf hingewiesen, daß zu der Reichseinkommensteuer, die nun kommt, und zu der Erbschaftsteuer und der eine fortdauernde partielle Vermögenssteuer darstellenden Kapitalertragssteuer eine fortdauernde Vermögenszuwachssteuer hinzutreten müßte, die anders zu gestalten sei, als die den Vermögenszuwachs erfassende „Besitzsteuer“, die seit 1913 in Kraft ist. Diese letztere Steuer ist gleichzeitig mit dem Mehrbeitrag beschlossen worden. Sie sollte die Mittel zur Deckung des fortdauernden Aufwandes der letzten großen Heeresvermehrung liefern. Bis jetzt ist sie nur einmal, und zwar für den Veranlagungszeitraum vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 erhoben worden. Für die zweite 3jährige Periode, die bis zum 31. Dezember 1919 reicht, spielt diese Besitzsteuer keine große Rolle, da die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs mit viel höheren Sätzen an ihre Stelle getreten ist. Im wesentlichen wird sie nur den aus Erbschaften stammenden Vermögenszuwachs noch erfassen, aber auch das nur bis zum 1. September 1919, an welchem Tage die neue Erbschaftsteuer in Kraft getreten ist.

Nach Ablauf des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs könnte nur die alte Besitzsteuer wieder wirksam werden. Aber sie paßt in ihrer Ausgestaltung nicht mehr in das System der neuen direkten Reichsteuern. Soll sie nun ganz wegfallen? Es gibt Politiker, die das im Ernst anregen. Als ob man heute auf eine Besitzsteuer verzichten könnte, die man schon in der Vorkriegszeit für notwendig hielt! Alle die andern direkten Steuern, die jetzt neu geordnet werden, hatten wir, wenn auch natürlich in viel kleineren Ausmaßen, auch damals schon. Wenn man aber im Jahre 1913 zu den einzelstaatlichen Einkommensteuern, zu den Vermögens- und Kapitalsteuern, zu den Ertragssteuern vom Grundbesitz, vom Gebäudebesitz, vom Gewerbebetrieb, zu dem „Notopfer“ des Mehrbeitrags noch die Steuer vom Vermögenszuwachs hinzufügte, so sollte man heute darauf verzichten, gleichzeitig aber eine 40prozentige Kohlensteuer erheben?

Ergänzungssteuervorlage
folgen lassen werde. Diese Vorlage ist ausgearbeitet, hat die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden und beschäftigt nun den Reichsrat, der, wie man hört, ihr prinzipiell nicht zugeneigt ist.
Was ist der Zweck der Ergänzungssteuer? Es soll besonders erfaßt werden 1. der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht, also erspart, dem Vermögen hinzuge wachsen ist, 2. der Teil der Einkünfte oder des Vermögens, der einem außerordentlichen Verbrauch zugeführt worden ist.
Der erste Teil der Steuer deckt sich im Prinzip mit der bisherigen Besitzsteuer, nur bleiben die Erbschaften, die nun von der neuen Erbschaftsteuer betroffen werden, verschont. Die Art der Berechnung der Steuer weicht von der bisherigen ab. Die Steuer soll beginnen mit 1 Prozent von den ersten 10 000 Mark erparter Einkommen und den Höchstsat von 10 Prozent (bisher 2 1/2 Prozent) erreichen bei dem über eine halbe Million hinausgehenden Teile des erparter Einkommens. Die Steuer ist wirklich nicht unerträglich. Wer in einem Jahre nach Zahlung aller Steuern 1 Million Mark „erspart“, würde davon ganze 82 100 Mark abzugeben haben.

Der zweite Teil der Steuer, die sogenannte **Aufwandsteuer**, die man auch die Steuer gegen die Verschwender nennen kann. Diese Steuer würde ein neues Prinzip in die deutsche Steuerleggebung einführen. Nicht etwa das Prinzip der Luxusbesteuerung im engeren Sinne, das schon auf manchen Spezialgebieten sich ausgewirkt hat, sondern das Prinzip der allgemeinen Verbrauchbeschränkung. Gegen die Besteuerung des erparter Einkommens, also des Vermögenszuwachses, hat man eingewendet, daß sie den übermäßigen Verbrauch, die Verschwendung begünstige. Das ist richtig. Empfand man diese Wirkung schon vor dem Krieg als unwillkommen, um wieviel mehr muß ihr vorgebeugt werden heute, angesichts unserer trostlosen Verarmung! Wir können heute dem Einzelmenschen nicht mehr gestatten, einen beliebig großen Teil der Verbrauchsgüter für sich in Anspruch zu nehmen, während große Massen nicht haben, wo sie ihr Haupt hinlegen.

Die direkten Steuern der Zukunft werden ja die Anhäufung der Reichtümer in wenigen Händen schon einigermaßen erschweren. Wer aber trotz dieser Steuern über große Einkünfte verfügt, soll, wenn er sie verbraucht, von dem über den normalen Verbrauch hinausgehenden Teil eine Aufwandsteuer bezahlen. Da aber die Ersparung volkswirtschaftlich viel vorteilhafter ist als die Verschwendung, muß diese mit höheren Steuerätzen betroffen werden als jene.
Die Vorlage gesteht dem einzelnen Steuerpflichtigen einen ordentlichen Verbrauch von 15 000 Mark im Jahre zu, welcher Betrag sich für die erste zu seiner Haushaltung zählende Person um 5 000, für jede weitere Person um weitere 2 500 Mark erhöht. Weiter sollen als ordentlicher Verbrauch angesehen werden Ausgaben für Geburten, Krankheits- und Sterbefälle, Seiralsausstattungen, Zuschüsse an Verwandte, Zwendungen für kirchliche, mildtätige und gemeinnützige Zwecke usw. Was aber darüber hinaus verbraucht wird, soll besteuert werden mit 3 Prozent für die ersten 10 000 Mark bis zu 30 Prozent für die über 500 000 Mark hinausgehenden Beträge.

Ob die Ausgestaltung im einzelnen und die Steuerätze — diese erscheinen uns überaus bescheiden — richtig vorgeschlagen sind, soll vorläufig unerörtert bleiben. Auf das Prinzip kommt es uns in erster Linie an. Und da erscheint es geboten, mit scharfem Nachdruck den Damentationen entgegenzutreten, die der deutsch-demokratische Führer Doktor Friedberg im „Berliner Tageblatt“ anstimmt. Herr Friedberg verteidigt die „persönliche Freiheit des Staatsbürgers“ und jammert, daß mit der Abmessung eines mäßigen Normalverbrauchs „das Individuellste, das man sich denken kann, über einen Ramm geschoren werde“. Er befürchtet, daß das gesamte Kulturniveau herabgedrückt werde, das fürchten wir auch.
Nachdem alles Volksvermögen, das Deutschland vor 6 Jahren besaß, durch den Krieg verarmet und überschuldet ist, läßt sich die

Herabdrückung des Kulturniveaus
leider nicht aufhalten. Das Kulturniveau wird so tief sinken, daß Millionen deutscher Volksgenossen keine anständigen Kleider mehr auf dem Leibe, kein ansehnliches Stuhl Möbel und vor allem nicht satt zu essen haben werden.
Unter diesen Umständen ist der „Eingriff in die bürgerliche Freiheit“, der darin besteht, daß man von dem reicheren Verschwender eine besondere Steuer fordert, eine sittliche Pflicht, die das Kulturniveau der Gesamtheit nicht zu senken, sondern zu heben geeignet ist. Zu einem Leben in Saub und Braus hat keiner ein unbeschränktes Recht, wenn das Volk als Ganzes dem größten Elend preisgegeben ist. Die Verschwender werden in Zukunft gewiß seltener sein als in der Gegenwart. Aber auch als Ausnahmefälle sind sie nicht zu ertragen. Darum ist die Besteuerung der Verschwender ein Gebot der Notwendigkeit.
Wilhelm Rehl.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Der Preussische Landesbescheidungsrat ist am 27. Januar 1920 ausgegangen, der bestimmt ist, die Verhandlungen über die Vermögensabfindung zwischen Staat und Familie der Hohenzollern zu bestritten.
Im November 1918 war gemäß dem Kronverleumdungsgesetz Vermögensbeschlagnahme worden, unmittelbar darauf auch das Privatvermögen der Hohenzollern. Gegen die Beschlagnahme wurde von ihren Vertretern Widerspruch erhoben. Es kam zur Einsetzung einer Kommission unter Vorsitz des Professors Fleischmann (Münster), der als unparteilicher Sachverständiger geschichtliche und rechtswissenschaftliche Fragen bearbeitete. Der Vergleich, der nach halbjährigen Verhandlungen zustande gekommen ist, geht von der Verfassungsbestimmung aus, wonach das Privateigentum unversetzlich sein soll. Die Trennung des Eigentums zwischen Staat und Krone soll in der Weise geschehen, daß organische Zusammenhänge nicht nutzlos zerstört und Werte von überwiegenden künstlerischer oder historischer Bedeutung unverändert erhalten bleiben. Gehaltszahlungen, Pensionen usw. werden vom Staat übernommen. Die Hoftheater in Berlin, Hannover, Kassel und Wiesbaden samt dem Fundus fallen dem Staate zu.

Der Staat erhält ferner u. a. das Schloß zu Berlin mit Lustgarten, Marstall, Schloß und Park Monbijou, das Kronprinzliche und Prinzessinnenpalais, das Ordenspalais (Friedrich Stral am Wilhelmplatz), Schloß, Park und Marstallgebäude in Charlottenburg, das Jagdschloß Grunewald und von den Potsdamern Schloßern das Stadtschloß, Sanssouci, Belvedere, ferner den Neuen Garten und das Marmpalais. Von den Schloßern außerhalb Berlins erhält der Staat übereignet: das Ordensschloß zu Marienburg, die Schloßer im Oranienburg, Charlottenhof, Königsberg, Oliva, Stettin, Breslau, Liegnitz, Merseburg, Münster, Nollentz, Homburg, Wiesbaden, Hannover, Celle, Osnabrück, Kassel, Wilhelmshöhe und Kiel, die Jagdschloßer Sauparl, Ghrde, Bellinghen und Stern, endlich das Schauspielhaus zu Potsdam.
Von den Kunstgegenständen fallen dem Staate diejenigen zu, die zur künstlerischen Ausstattung der ihm übergebenen Schloßer gehören oder für deren kulturhistorischen Charakter bedeutsam sind. Die Hohenzollern behalten

jedoch alle unter der Regierung Wilhelms 2. erworbenen Gegenstände, alle persönlichen Gebrauchsgegenstände, alle Sachen aus Edelmetall, Juwelen, Tafelgerät und Weitzug sowie die Gegenstände von vorwiegend familiengeschichtlichem Werte.
Von Grundstücken verbleiben ihnen u. a. das Palais des alten Kaisers, das Niederländische Palais, die Schloßer und Parke von Bellevue, Babelsberg und Saktow, die Burg Hohenzollern, Schloß Stolzenfels a. Rh., zahlreiche Häuser in der Umgebung des Schlosses in Berlin, die Villen Liegnitz, Ziegenheim und Alexander in Potsdam, der Ruinen- und der Pfingstberg, Nikolaev, die Grundstücke in Kiel, Plön und Schwedt, das sogenannte Kronverleumdungsgesetz des Prinzen August von Preußen, die Schatzgüter des Königs: Kabinen, Kominten, Urweiler und das Schloß auf Sarfu, endlich die Lehn-, Fideikommiß- und Alodialbesitzungen in Oels. Einzelne der dem Staat übereigneten Schloßer (Homburg, Cecilienhof, Neuer Garten) sind für die Lebenszeit der bisherigen Benutzer ihnen weiter zur Benutzung überlassen. Die Kronjuwelen gehen in das Eigentum des Staates über, die Kronjuwelen bleiben Eigentum des Kronprinzen.

Die Familie Hohenzollern verzichtet auf die Fortzahlung der Rente von 2 1/2 Millionen Mark, die 1820 gegen Ueberlassung des Domänenbesitzes an den Staat vereinbart worden war. Auf mehrere hundert Millionen Mark wird auch der Wert an Kunstschätzen geschätzt, auf den sie Verzicht leistet. Als Entschädigung wird der Familie Wilhelms 2. eine einmalige Abfindung von 100 Millionen

zugewilligt. Auf diesen Betrag werden die entsprechenden Steuern verrechnet, die für das der Familie verbleibende Vermögen von 800 bis 1000 Millionen Mark zu entrichten sind, so daß von der Entschädigung nichts ausgezahlt werden wird.

Uns scheint, Wilhelm 2. und seine Familie können mit der hohenzollernschen Regierung mehr als zufrieden sein. Zwar hat er seine Krone und die Machtvollkommenheit, die in seine Hände gelegt war, verloren, aber er bleibt doch noch der vielfache Schloßbesitzer, der ungeheuer reiche Privatmann, der sich alle Genüsse der Welt leisten kann. Er ist ein Glückspilz wie selten ein Mensch, denn wenn er aus dem Zusammenbruch der Monarchie nichts gelernt hätte als nur seinen Stopp, so hätte er damit allein schon ungeheures „Schwein“ gehabt. Wir sind überzeugt, damals, an dem Tag seiner Flucht, ist er auch selber dieser Meinung gewesen.

Nun will ihm die preussische Regierung noch zahlreiche Schätze, ein Riesenvermögen und 100 Millionen Mark Abfindung, die allerdings für Steuern einbehalten werden sollen, herausgeben. Wir möchten dazu mit gebührendem Nachdruck bemerken, daß uns dieser Vorschlag ganz und gar nicht gefallen will. Dem Volkswortführer wird er schwerlich entsprechen. Die Regierung beruft sich ja nun freilich auf die Reichsverfassung, nach der das Privateigentum unverletzlich sein soll. Zugegeben, daß alles das, was dem verstorbenen Kaiser verbleiben soll, Privateigentum sei, hat dieses nicht den großen Umfang angenommen, weil das Hohenzollernhaus nicht eben eine geliebte Privatfamilie, sondern das preussische Königs- und das deutsche Kaiserhaus war? Was hier als Privateigentum auftritt, muß unserm Erachtens zu einem erheblichen Teile noch als Staatseigentum angesehen werden.

Die preussische Landesversammlung hat ja zu der Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Sie wird sich für, dessen sind wir sicher, recht genau ansehen, und sie in einem Sinn erledigen, die dem Volkswortführer entspricht. Es kommt nämlich nicht nur darauf an, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist; wichtiger ist noch, dem Volke zu geben, was des Volkes ist!

Die Eisenbahnerbewegung.

Eine in Berlin abgehaltene Versammlung von Funktionären des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes aus allen Teilen des Reiches ist nach sehr eingehender Aussprache zu dem Ergebnis gelangt, daß bei der gefährlichen Lage unserer Volkswirtschaft und bei den derzeitigen Verhältnissen unter den Eisenbahner eine Kampfkampagne an die Eisenbahnverwaltung nahezu selbstverständlich sei.

Sie gab aber nur so wenig der Erwartung Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung bei der bevorstehenden Wiedereinstellung der Arbeiter, Durchführung und Ausgestaltung des angeordneten Akkordverkehrs usw. die Berufsorganisationen beteiligen werde. Zugleich wurde als einmütige Meinung festgestellt, daß nimmehr der Abschluß der Tarifverhandlungen mit allem Nachdruck gefördert werden müsse.

In dem in geheimer Abstimmung mit 41 gegen 18 Stimmen angenommenen Beschuß heißt es u. a.: Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von dem jetzt abgeschlossenen Teile des Tarifvertrags. Dem engern Vorstand wird die Ermächtigung zur Unterzeichnung des abgeschlossenen Tarifvertrags erteilt. Es muß nach wie vor daran festgehalten werden, daß die Akkordarbeit für die Eisenbahn-Reparatur-Werkstätten ungeeignet und nicht zu empfehlen ist. Ohne seinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, jedoch im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, in denen unser Verkehrsweesen sich befindet, und in dem Bestreben, an der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken, billigt der erweiterte Vorstand die Erklärungen der Tarifverhandlungskommission vom 28. Januar, nach denen sie bereit ist, auch über ein Akkordsystem mit der preussischen Eisenbahnverwaltung zu verhandeln. Dabei spricht der Vorstand ausdrücklich die Erwartung aus, daß es den bereinigten Kräften nach Einkehr des vollen Pflichtbewußtseins aller Kollegen gelingen wird, die als Notmaßnahme eingeführte Akkordarbeit baldigst wieder und gütiglich zu beseitigen.

In Frankfurt a. M. beschloß eine Versammlung der Werkstättenarbeiter, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit zu melden. Unmittelbar nach der Versammlung wurde der Ortsbeamte des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Paul Schulz, von der Kriminalpolizei verhaftet und in Schutzhaft genommen. — Aus den übrigen Orten, in denen die Eisenbahnwerkstätten geschlossen wurden, liegen ebenfalls Meldungen vor, daß die Arbeiter sich größtenteils zur Wiederaufnahme der Arbeit melden.

Rußlands Verhältnis zu Polen.

Die Sowjetregierung hat an die polnische Regierung eine neue Note gerichtet, in der sie es Polen anheimstellt zu entscheiden, ob es mit der Sowjetrepublik zusammenwirken wolle oder nicht. Es heißt darin, die polnische Regierung habe jetzt die Entscheidung zu treffen, die für die Entwicklung und das Leben beider Länder für viele Jahre die wichtigsten Folgen haben müsse. Alles weise darauf hin, daß die extremen imperialistischen Elemente der Entente und besonders die Agenten von Clemenceau und Churchill sich geirrt hätten, wenn sie sich einen Erfolg von ihren Versuchen versprechen, Polen gegen die russische Sowjetrepublik aufzuheben. Die Verantwortlichkeit dem arbeitenden Volke gegenüber müsse auf diese Helfer fallen.

Die Note enthält dann einige Zugeständnisse der Sowjetregierung Polen gegenüber. Diese lauten:

Der Rat der Volkskommissare ist bereit: 1. die Unabhängigkeit Polens auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzuerkennen. 2. erklärt der Rat der Volkskommissare, daß er keine Angriffe auf Polen beabsichtigt und daß die Polen Truppen, die jetzt die Linie, die an

der kriegsbrüchigen Front von ihnen gehalten werde, nicht über die Fronten der jetzt gehaltenen Fronten der Sowjettruppen nicht fortgesetzt werden. 3. Die Sowjetregierung wolle weder mit Deutschland noch mit irgendeinem andern Land ein Abkommen oder eine Übereinkunft treffen, die sich direkt oder indirekt gegen Polen wende. 4. erklärt der Rat der Volkskommissare, daß es, insoweit es sich um die wirtschaftlichen Interessen Polens und Rußlands handle, keine einzige Frage territorialer oder wirtschaftlicher Art gebe, die nicht auf friedlichem Wege durch Verhandlungen gelöst werden könnte.

Der Rat der Volkskommissare sei bereit, vom Zentralvolkskongress aus, der im Februar zusammentritt, die feierliche Bestätigung dieser Erklärungen einzuholen.

Zum Schluß der Note heißt es, der Rat glaube, daß er mit diesen Erklärungen seine Pflichten hinsichtlich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt habe, und er hoffe, daß alle Streitfragen nunmehr auf friedlichem Wege geschlichtet werden könnten.

Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Kürzlich trat der vom Parteivorstand zusammenberufene Reichsbeamtenbeirat der S. P. D., wie schon kurz mitgeteilt, zu seiner ersten Sitzung im Sitzungssaal des Parteivorstandes zusammen. Genosse Ritter beehrte als Vorsitzender der Tagung die aus dem ganzen Reich erschienenen Delegierten im Namen des Parteivorstandes. Genosse Thomas erstattete den Bericht über den Stand der Organisationsarbeit. Nebenher konnte über erfreulichen Fortgang der Organisations- und Aufklärungsarbeit im ganzen Reich berichten. Die ausgedehnte Aussprache, an der sich Genossen aus allen Gegenden des Reiches beteiligten, brachte wertvolle Ergänzungen und Anregungen für den weiteren Ausbau der Organisationsarbeit. Genosse Ritter konnte im Schlußwort feststellen, daß die Auffassung über Zweck und Ziel der Arbeit unter den Beamten durchaus einheitlich ist und die Genossen auf die kräftigste Unterstützung des Parteivorstandes rechnen dürfen. Die vorgelegten Anträge, die u. a. das Verhältnis zur Arbeitsgemeinschaft der Lehrer, die Herausgabe einer eigenen Zeitung, Verbreitung von Agitationsmaterial usw. betrafen, wurden angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht über die durch die Revolution aufgeworfenen Beamtenfragen“ hielt Genosse Steinlopp das Referat. Er behandelte den Aufbau des Beamtenrechts und berührte die bisher noch unerledigt gebliebenen Forderungen in bezug auf Offenlegung der Personalisten, des Streikrechts, Gleichberechtigung der Beamtinnen, Besoldungs- und Personalreform. Die Aussprache über diese Fragen war wiederum eine sehr ausgedehnte und anregende, und zeigte, ein wie großes Arbeitsfeld noch für unsere Parteigenossen hier zu bearbeiten ist. Als Korreferent behandelte dann Landrichter Genosse Kuben die Erfahrungen aus der Praxis. Seine Ausführungen machten einen tiefen Eindruck. Der von uns bereits veröffentlichte Aufruf gegen die reaktionären Freiberger in der Verwaltung, denen die freibeitlich gekündeten Beamten oft schlußlos ausgeliefert sind, ist dieser Mitteilung Ausdruck.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Partei und die Beamten-gewerkschaften“ referierte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Grahnmann. Er legte nach einer kurzen historischen Würdigung der Entwicklung der Gewerkschaften das Verhältnis zu den Angestellten- und Beamtenverbänden dar. Insbesondere behandelte er die mit dem Deutschen Beamtenbund abgeschlossenen Verhandlungen und die Stellung, welche die General-Kommission dazu eingenommen hat, um dann einen Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten zu werfen. Auch hier zeigte die ausgedehnte Aussprache, in welchem Umfangsprojekte sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiete die Beamtenbewegung befindet und wie es aller Anstrengung bedürfen wird, um die vorhandenen Verbände zu wirklichen Gewerkschaften auszubauen.

Revolution und Modenblatt.

Der Leipziger Verleger einer Anzahl von Mode- und Frauenblättern teilt den Buchhändlern und Zeitschriften-Kolporteurs durch Zirkular mit, daß der Papiermangel ihn zwingt, seine Schriften seltener, in anderer Reihenfolge und selbstverständlich zu höherem Preise zu liefern.

Das ist natürlich eine Sache lediglich des kapitalistischen Unternehmers und seiner Abnehmer. Aber an diesem Zirkular hat auch die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse. Nach Meinung des Verlegers ist nämlich an seinem Mißgeschick lediglich die Revolution schuld. Er schreibt:

Die Revolution mit ihren wahnwichtigen Wegleitererscheinungen hat das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands ins Stocken gebracht. Die Folgen der vielen Streiks machen sich erst jetzt in ihrer ganzen Tragweite uns allen fühlbar.

Und an anderer Stelle fügt er einer Beschwerde über Elektrizitätssperre in Leipzig hinzu:

Selbst in den langen Kriegsjahren konnten unsere Zeitschriften stets regelmäßig erscheinen, doch die Führer der Revolution haben es erreicht, daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands der Auflösung entgegengeht.

Zum Schluß fordert der ehrenwerte Verleger seine Kolporteurs auf, die Leserinnen über „die Gründe“ der Veränderung in der Erscheinungsweise seiner Mägen zu unterrichten. Man kann also allerlei erwarten, wenn die „geehrten Leserinnen“ von den Kolporteurs „informiert“ werden. Da der Verleger selbst keine Abnung von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen unsers Glendes hat, sie aber sicher nicht zu erkennen gibt, wird man kaum annehmen dürfen, daß seine Kolporteurs die Modenblatt-Abonnenten über Valuta, kapitalistische Schiebung und dergleichen schöne Dinge unterweisen.

Unsre Genossen erleben aber aus diesem Zirkular, wie mannigfach die Skandale sind, durch die die kapitalistische Vereinnahmung des Volkes geleitet wird. Das sollte ein Ansporn für sie sein, desto lebhafter die Propaganda für die Sicherung der Republik zu betreiben.

Kommunistische Gemeindepolitik.

Unsre Mitbürger von dem äußersten politischen linken Flügel sind mit Gott und aller Welt nicht mehr zufrieden. Es gibt kein Ding unter der Sonne, das nach ihren Anschauungen nicht zerstört oder mindestens umgestülpt werden müßte. Unsre zerrüttete Volkswirtschaft, um deren Wiederaufbau sich alle vernünftigen Elemente bemühen, muß nach kommunistischen Begriffen erst vollständig auf den Hund gebracht werden, um dann etwas Neues entstehen zu lassen. In Worten zeigen die Kommunisten nicht, die Reaktion niederzureißen. Man könnte seine Freude daran haben, wenn auch die Taten entsprechend wären. Da hapert's natürlich sehr.

In Chemnitz galt es dieser Tage, einen besoldeten Stadtrat zu wählen, dem die wichtigsten Ämter der Armenfürsorge und Jugendpflege übertragen werden sollen. Für diesen Posten hatten sich 65 Bewerber gemeldet; zwei davon sind zur engern Wahl gestellt worden, und zwar schlug die Mehrheit des

Stadtverordneten-Kollegiums unsern Chemnitzer Genossen Lehrer Schatter zur Wahl für dieses Amt vor. Die Minderheit, also die bürgerlichen Vertreter des Kollegiums, wollten den Frankfurter Rektor Dr. Jaspert an diesen Posten setzen. Wie wir in so vielen Fällen schon erlebt haben, daß die radikalsten Elemente der Linken mit den reaktionärsten Kreisen der Rechten gemeinsame Sache machen, so auch hier. Kein anderer als Herr Franz Meiser, Vorsitzender des kommunistischen Stadtverordneten-Kollegiums, Gegner des Parlamentarismus und Streikämpfer gegen die Reaktion, gab seinen Namen dazu her, um das Minderheitsvotum der Bürgerlichen mit zu unterschreiben. Herr Jaspert, der das Vertrauen der parlamentarischen Kommunisten genießt, steht in politischer Beziehung der deutschen nationalen Partei sehr nahe und ist in Frankfurt wegen seines zweifelhafte Verhaltens in sozialpolitischen Fragen bei Vererbung um einen Posten von unsern dortigen Genossen abgelehnt worden. Und ausgerechnet diesen Mann wollten die Kommunisten an einen so wichtigen Posten setzen. Glücklicherweise hat Chemnitz eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit und wählte den Lehrer Schatter zum Stadtrat.

Das also ist die positive Parlamentsarbeit kommunistischer Arbeitervertreter. Solch konsequente Arbeitervertreter eröffnen eine wunderbare Perspektive für die Zukunft in einer kommunistischen Arbeiterrepublik. Vielleicht zwingen sich diese politischen Kräfte in ihrer ferneren Entwicklung noch zu der gesunden Aufklärung durch, daß sie sich selbst erst zurückzuziehen müssen, ehe ein Neuaufbau der Wirtschaft und eine Verbesserung der Verhältnisse eintreten kann. Können wir auf eine solche Entwicklung; denn sie allein liegt im Interesse der Arbeiterklasse.

Notizen.

Eine gemeinsame Kabinettsitzung. Am Freitag fand eine gemeinsame Kabinettsitzung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung statt, in der die Schlußfrage, die Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrats und das Zusammenwirken beider Regierungen besprochen wurde. Der dritte Punkt war veranlaßt durch die Verhandlungen in der Landesversammlung über den Einheitsstaat.

Anhaltende Besserung im Befinden Erzberger's. Die Besserung in dem Befinden des Reichsfinanzministers Erzberger hat weitere Fortschritte gemacht. Der Zustand des Patienten ist durchaus normal. Er ist vollständig fieberfrei, und auch die Herzaktivität läßt kaum noch etwas zu wünschen übrig.

Die Volksabstimmung in Schleswig. Der deutsche Ausschuß für Schleswig teilt mit: Die Abstimmung in der ersten Zone findet am 10. Februar statt; die Fahrcheine gelten bereits vom 1. Februar an; für Unterkunft und Verpflegung wird vom 8. Februar an gesorgt. Die Kommission der Alliierten bezieht die Abstimmung für die zweite Zone auf Sonntag den 7. März festzusetzen. Die Dänen hatten bereits den Termin hinausgeschoben, doch konnte sich die Kommission ein sachliches Einverständnis mit den Deutschen nicht verschaffen.

Im nördlichen Abstimmungsgebiet. Die Internationale Kommission in Nordschleswig hat den Bürgermeister von Nienburg, Töben, ausgemessen. Eine Abstimmungsabteilung, die ihm von deutscher Seite dargebracht werden sollte, wurde von dem neuen Polizeimeister verboten. Die Internationale Kommission setzte als Abstimmungstermin für Nienburg den 7. März fest. — Der bisherige Staatskommissar für Nordschleswig, Dr. Koeper, wurde zum deutschen Geschäftsträger bei der Internationalen Kommission ernannt und nimmt seinen Sitz in Nienburg.

Neue Beratung über die Indieferung? „Evening Standard“ meldet, daß Millerand und Mitti wahrscheinlich nach London kommen werden, um die ganze Frage der Kriegsschuldigen zu besprechen. Man dürfe sich nicht wundern, wenn die Lize der Schuldigen aufs neue verürzt werde. Die Alliierten sind sich allgemein darüber einig, daß sie nichts tun wollen, um die jetzigen Unruhen in Deutschland noch schlimmer zu machen.

Die Anklage gegen Kessel. Wegen den Oberleutnant von Kessel ist, wie W. L. V. meldet, Anklageverfügung ergangen, weil er im Mai und Juni unter Mißbrauch seiner Dienstaufgaben seinen Untergebenen, dem Oberleutnant Marlosch, zur unerlaubten Entfernung vorbestimmt habe, weil er ferner am 6. Juni vor Gericht wesentlich ein falsches Zeugnis mit dem Eide bekräftigt habe und weil er den Pfarrer Rump zum Zweikampf mit tödlichen Waffen herausgefordert habe. Die Hauptverhandlung wird am 6. Februar beginnen. Das Verfahren gegen Kessel, soweit seine Mitschuld an der Erschießung von 29 Angehörigen der Volksmarine division in Frage kommt, ist nach Weggabe der Ergebnisse der Verhandlung gegen Marlosch eingestellt worden.

Vertrauensvotum für Millerand. Das neue französische Kabinett unter Millerand, das bei der ersten Abstimmung in der Kammer schon heftig ins Wanken geraten war, da ihm — abgesehen von den offenen Gegnern — nicht weniger als 300 Kammermitglieder durch Enthaltung ihr Vertrauen versagten, so daß schon für die aller nächste Zeit die Demission des Kabinetts vorausgesetzt wurde, hat sich am Freitag am Schluß der Verhandlungen über eine Intervention über die Regierungspolitik ein starkes Vertrauensvotum geholt. Mit 510 gegen 70 Stimmen nahm die Kammer eine Tagesordnung an, die erklärt, die Kammer habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie in der Einigkeit aller Republikaner das vom Ministerpräsidenten entworfene Programm ausführt.

Sowjetrußland hebt Terror und Todesstrafe auf. In Petersburg wurde dieser Tage angeblich ein Dekret veröffentlicht, in dem ausgeführt wird, daß nach der Einnahme von Koston am Don, des Hauptwaffenplatzes Denikins, und nach der Gefangennahme fast aller Hoffnungen der Feinde, die Sowjetregierung zu füttern, endgültig geendet seien. Infolgedessen sei der Terror von nun an unnötig und werde aufgehoben. Falls die Entente jedoch neue Versuche zur Einnahme in die Verhältnisse Innerrußlands machen sollte, bleibe die Wiedereinführung des Terrors vorbehalten. Zunächst wird durch Kundgebung angeordnet, keine Todesstrafe mehr zu vollziehen, und es wird ein Gefesekvorschlag vorbereitet, der die Todesstrafe aufhebt. — Es bleibt jedermann überlassen, dieser Meldung Glauben zu schenken oder nicht.

Depeschen.

Proteststreik gegen die Polen.

W. L. V. Danzig, 30. Januar. Infolge der Beschuldigung des Beamtenabkommens durch die Polen traten die deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Danzig am gestern abend um 7 Uhr in einen Proteststreik von 24 Stunden Dauer. Infolgedessen konnte der D-Zug, der abends um 9 Uhr 20 Min. Danzig in Richtung Berlin verläßt, nicht abgefertigt werden. Ebenso wurde der D-Zug 4 Königsberg-Berlin, der abends 7 Uhr 35 Min. von Königsberg abfahren sollte, dort zurückgehalten.

1. Beilage zur Volksstimme.

Str. 27.

Magdeburg, Sonntag den 1. Februar 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 31. Januar 1920.

Gegen die Wohnungsnot.

Die Mieterversammlung im „Hohenzollernpark“ am 30. Januar war außerordentlich stark besucht. Der Vorsitzende des Mietervereins, Stadtrat Mühlke, richtete zunächst eine Ansprache an die Anwesenden, für den Mieterverein kräftig zu agitieren, um dadurch ein großes Gegengewicht gegen den allmächtigen Hausbesitzerverein zu schaffen.

Arbeitssekretär Jankusch referierte nunmehr über „Was muß jeder Mieter von der Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt betr. die Höchstgrenze für Mietzinserhöhungen wissen?“ Er führte u. a. folgendes aus: Von einer großzügigen Wohnungspolitik war bisher bei uns so gut wie nichts zu merken. Dafür sorgte das Hausbesitzprivileg in der Gemeinde und das Dreiklassenwahlrecht im Staate. Die Hausbesitzer verstanden es dabei vortrefflich, für ihre Interessen zu sorgen. Damit hat zum großen Verger der Hausbesitzer die Revolution zu tun gebracht. Der Kampf gegen die Wohnungsnot muß ohne Ansehen der Partei auf das schärfste geführt werden. Die Wohnungsnot ist durch den Krieg auf das höchste gestiegen, es fehlen jetzt in Deutschland bereits über eine Million Wohnungen. Die jetzigen Mietzinsverordnungen haben darum nicht die rechte Wirkung gehabt, weil die Mieter nicht den Mut gehabt haben, ihre Rechte im Gegensatz zu dem Hausbesitzerverein wahrzunehmen. Das hat zur Folge, daß ein

Schlachthandel mit Wohnungen

eingetrisen ist. Niemals gab es bessere Zeiten für die Hausbesitzer als heute. Wenn früher seltenlange Anknüpfungen von leerstehenden Wohnungen in den Betrieben zu finden waren, so ist das heute ganz ausgeschlossen. Darum ist den Hausbesitzern der Kampf mächtig geschwunden, und sie nutzen nun die Wohnungsnot für sich gründlich aus.

Unter großer Erregung der Anwesenden gibt der Redner Beispiele von unerhörten Mietzinsforderungen bekannt. Danach wurden die Mieter eines Hauses in der Proser Straße innerhalb eines Jahres bis zu 47 Prozent gesteigert, wobei dem Mieter die Kosten für alle Reparaturen bis zur Höhe von 20 Prozent der Jahresmiete aufkommen. In einem Hause der Ebenbarfer Straße sind die Mieter bis zu 68 Prozent gesteigert, in der Kantstraße gar über 70 Prozent usw.

Daher war es die höchste Zeit, daß die Verordnung über die Höchstmieten erlassen wurde. Nach dieser Verordnung sind für Magdeburg 20 Prozent als Zuschlag zur Miete vom 1. Juli 1914 zugestanden. Alle Minderungen, die seit dem 8. Dezember 1919 wegen Verwertung von Mietzinsforderungen ausgesprochen worden sind, sind unter Null gesetzt. Von heute an braucht kein Mieter mehr als 20 Prozent

auf die Miete vom 1. Juli 1914 zu entrichten. Im Inseratenenteil wird heute die betreffende Bekanntmachung des Wohnungsamtes veröffentlicht. Reparaturen, die notwendig sind, hat der Hausbesitzer zu tragen. Eventuell ist der Mieter berechtigt, diese von der Miete abzusetzen. Aber auch dem Hausbesitzer steht ein Schutz zu. Kann er nachweisen, daß er unverschuldeten Zuhilfenahme an seinem Grundbesitz hat leisten müssen, so hat er das Recht, an das Mietzinsamt zu gehen und um eine Erhöhung der Mieten nachzusuchen. Wenn von allen Volksgenossen Opfer verlangt werden, so kann man das auch vom Hausbesitzer verlangen.

Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, sich dem Mieterverein anzuschließen, damit dieser in die Sache verkehrt wird, reißt die Rede der Mieter wahrnehmen zu können, schloß Genosse Jankusch seine mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Rechtsanwalt Dr. Hehle ergänzte diese Ausführungen nach der juristischen Seite und führte den Anwesenden die ungeheure große Zahl von Vorschriften und Verordnungen vor Augen, die sich mit der Wohnungsnot befassen. Nach seiner Meinung ist die Höchstmietverordnung eher ein Schutz für den Hausbesitzer als für den Mieter. Von der äußersten Nothwendigkeit bis zur äußersten Härte bilden die Hausbesitzer eine geschlossene Gruppe. Dieses Beispiel sollten die Mieter nachahmen, dann würden sie mehr wie bisher ihre Rechte wahrnehmen können.

Nach einer kurzen Aussprache erhielt Arbeitssekretär Jankusch das Schlußwort. Er brachte zum Ausdruck, daß die Höchstmieten-Verordnung gar nicht so pessimistisch anzusehen sei. Vor allem hat es dem Geschädigten daran gelegen, eine möglichst einheitliche Rechtsprechung für das ganze Reich zu schaffen. Von den Mietern kann aber verlangt werden, daß sie die daraus sich ergebende Nutzenanwendung ziehen. Vor allem, daß sie den ungehörigen Forderungen und Zumutungen der Hausbesitzer gegenüber mehr Mut und Rückgrat zeigen, als das bisher der Fall war.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Zu dem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Bericht über die Eisenbahnerversammlung erhalten wir diese Zuschrift:

In der gestrigen Ausgabe der „Volksstimme“ befindet sich der Bericht von der Betriebsversammlung der Eisenbahnerführerarbeitnehmer, in der ich mich über die passive Resistenz äußert habe. Der Bericht gibt nun meine Äußerungen in der Weise wieder, daß der Unbedeutendste ohne weiteres annehmen muß, ich sei innerlich dafür, daß die passive Resistenz gelobt wird, glaube mir aber nicht, meine Haltung nach außen hin zu verteidigen. Dazu will ich bemerken, daß ich deshalb zu der Frage Stellung nahm, weil ein Rechtssozialist es war, der vorher Äußerungen im Sinne der passiven Resistenz getan hat. Bei der üblichen Gehe, die gegen die Eisenbahner getrieben wird, mußte die von dem Rechtssozialisten getane Äußerung für die bürgerlichen Verehrer ein gesundes Futter sein. Ich als Vertreter der Arbeiterinteressen fühle mich verpflichtet, dieses zu beurteilen und erklärte deshalb, daß die passive Resistenz wohl nur ein Schlagwort zur Bekämpfung der Arbeiter sei, daß in Wirklichkeit die Arbeiter gar nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft voll auszunutzen wegen der mangelhaften Betriebsbedingungen.

Da Sie meine Worte als einen „glanzvollen Ausruf“ bezeichnen, muß ich annehmen, daß es Ihnen nicht unlieb ist, wenn Arbeiter Äußerungen machen, woraus ihre Gegner Königsaugen weilen wir auf das schärfste zurück. Die Sache lag so: Ein Arbeiter — ob es ein Rechtssozialist war oder einer von uns, wissen wir nicht — hat eine Äußerung getan über die passive Resistenz. Es war eine der Versammlungsausführungen, die gelegentlich unterlaufen und durchaus nicht wörtlich zu nehmen sind. Durch die wirklich nicht geschickte Art, wie Sie diese Äuße-

rung ausführt und korrigieren wollte, wurde erst eine Lachsel darauf, die Schäden stiften kann. Diese wenig geschickte Art, einen Fehler auszugleichen, nannte unser Gewährsmann „glanzvoll“. Das Gegenteil war selbstverständlich gemeint.

Die „Volksstimme“

erweist sich auch in dieser Zeit der Wahrung und Not als ein zuverlässiger Ratgeber und treuer Freund der arbeitenden Bevölkerung. Gehten dem Programm der Sozialdemokratischen Partei, unterhält sie alle Maßnahmen, die zur Befreiung unserer Wirtschaftslage führen können. Sie tritt für weitestgehende Demokratisierung und Sozialisierung ein, um den Aufstieg unserer Klasse

durch die Demokratie zum Sozialismus zu ermöglichen.

Die „Volksstimme“

bekämpft demzufolge alle Versuche einer Diktatur von rechts oder links. Unsere Freunde und Mitkämpfer müssen deshalb unermüdet für die Gewinnung

neuer Leser für die „Volksstimme“

wirken. Sie dienen damit ihrer Partei und dem Volksganzen!

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Nord. Die Mitgliederversammlung am Freitag war sehr gut besucht. Lehrer J. J. sprach über die Bedeutung der Elternbeiträge. Er konnte aus einer 20jährigen Erfahrung als Erziehungsbeamter sprechen und gestattete den Abend sehr lehrreich und anregend. Er ermahnte reichlich. Dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Mit einem Hinweis auf die am 22. Februar stattfindenden Wahlen zu den Elternbeiräten wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Bezirk Preßler. Die Mitgliederversammlung am 27. Januar war gut besucht. Lehrer J. J. hielt einen lehrreichen Vortrag über die Bedeutung der Elternbeiträge. Dann erfolgte die Aufstellung der Kandidaten. In der Diskussion wurde wieder lebhaft über die Jugendfrage diskutiert. Die Beschlüsse sind in der Stadtverwaltung festgelegt und durch Eingabe davon unterrichtet ist, ist heute noch keine Wahl geschloffen. Die Wahlen, die sonst benutzt werden konnten, sind in vollständiger Unordnung. Einige Genossen beklagten sich über schlechte Beurteilung der „Volksstimme“. Nachdem der Genosse Schmidt noch mal aufgefördert hatte, schied reger an den Wahlen zu den Elternbeiräten zu beteiligen und Mitglieder für die Partei zu werben, wurde die interessante Versammlung geschlossen. Einige Anwesende melbden ihren Beitritt zum Verein.

Bezirk Sudenburg. Genosse K. K. referierte über die Wahl zu den Elternbeiräten. Seine klaren und interessanten Worte waren jedem der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, was auch der starke Beifall am Schluß seiner Ausführungen beweist. Nicht aller Eltern, die noch schulpflichtige Kinder haben, ist es nun, lebhaft für die kommenden Wahlen zu agitieren, damit Leute gewählt werden, die es ehrlich und ernst meinen und die den Fortschritt auch auf dem Gebiet des Schulwesens wollen. Diese Ansicht kam auch in der folgenden Aussprache zum Ausdruck. Die in einer vorausgehenden Funktionärsversammlung aufgestellten Kandidaten fanden die Zustimmung der Versammlung.

Bezirk Wilhelmstadt. Genosse Lehrer Friedrich hielt den Abend nicht zu zahlreich erschienenen einen interessanten Vortrag über die Notwendigkeit der Elternbeiträge. Ihre Einrichtung, Wahl und die reiche Betätigung, welche sie finden werden im Interesse der neuen Generation, aber auch der Schule selbst und der Lehrer. Eine rege Aussprache ergab volles Einverständnis der Genossen über diese wichtige Frage, welche leider von vielen Menschen, wie Wahlen in anderen Orten beweisen, nicht genügend gewürdigt werden. Die aufgestellten Listen der Partei für die verschiedenen Wahlmännlicher Schulen fanden die Zustimmung der Versammlung, deren Stimmung entschieden gegen die konfessionellen Schulen, wie sie der Redner so treffend gekennzeichnet hatte, Partei nahm. Keine Wahlbeteiligung der Wahlmännlicher und Wahlen für die sozialistischen Listen wird erwartet.

Bezirk Friedrichstadt-Weider. Genosse Bahl referierte über die Bedeutung der Elternbeiträge. Der Vortragende betonte es, die Anwesenden in die Sache einzuführen. Beifall lohnte ihn. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen P. K. und S. K. Der Vorleser wies noch auf die Wichtigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten hin. Die Genossen sollen und müssen die Veranstaltungen regelmäßig und pünktlich besuchen, um für die nächsten Kämpfe gerüstet zu sein.

Der neue Straßenbahn-Tarif, 25 Pf. für die einfache Fahrt, dürfte erst — wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird — vom 5. Februar an erhoben werden. Bis zu diesem Tage gilt der 30-Pfennig-Tarif.

Der neue Angestellten-Tarif. Der Zentralverband der Angestellten schreibt und: Die Angestellten- und Arbeitgeberverbände haben sich in einer Sitzung der Handelskammer darüber geeinigt, daß der Tarifvertrag nach den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am 21. Januar 1920 als abgeschlossen gilt. Daraus ergibt sich, daß die nachträglichen Gehalts- (Wirtschafts-) beihilfen am 21. Januar ausbezahlt werden müssen. Wo dies noch nicht geschehen ist, muß es sofort nachgeholt werden. Es erhalten rückwirkend ab 1. Juli 1919 insgesamt: Männliche Bezieher 600 Mark, männliche Unterbezieher 450 Mark, weibliche Bezieher 540 Mark, weibliche Unterbezieher 300 Mark, männliche und weibliche Jugendliche, die am 1. August 1919 unter 20 Jahre alt waren, 210 Mark. Auch die Gehaltsätze des neuen Angestellten-Tarifs müssen bereits am Monatsanfang zur Auszahlung gelangen. Da in den nächsten Tagen der Tarifvertrag in Druck erscheint und sämtlich im Zentralverband der Angestellten, Große Mühlstraße 7, 1. Etz., zu haben ist, wird allen Angestellten Gelegenheit gegeben, die Wichtigkeit ihrer Gehaltsbezüge nachzuprüfen. Gleichgültig wollen wir mitteilen, daß die im Januar abgeschlossenen Gehaltsätze von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände bereits am 1. März 1920 geltend gemacht sind, da die Tarifverhältnisse eine Neubestimmung und Neuverteilung der Gehaltsätze für die Angestellten notwendig machen.

Mitgliederversammlung. Die Gräber auf dem Volkshilfsfeld sind zum Abladen von Hausmüll für die Einwohner von Budau und Sudenburg vorübergehend wieder freigegeben. Der Abfall wird wochentags von 8 bis 12 Uhr und 1 bis 5 Uhr geerntet. Abfallgebühren sind wie auf den übrigen städtischen Abladepätzen zu entrichten. Die Anfuhr erfolgt nur von der Seidler Straße aus gegenüber dem Kruppwerk.

Ein ansehbares Fest. In den Palastgärten Neben große Einladungen zu einem Karneval in Nizza. Mit Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten. Vom Polizeipräsidenten wird hierzu mitgeteilt, daß zu dieser Veranstaltung weder eine Genehmigung des Polizeipräsidenten erforderlich noch erteilt worden ist.

Kaiser-Galut? Neben Kaisergeburtstagsfeiern geben uns mancherlei Mitteilungen zu. Wenn heute im engen Kreise von Festungsangehörigen Wilhelm dem Ausgerissenen eine Geburtstagsfeier machen, sollen sie es tun. Sie wollen eben eine alte Gewohnheit beibehalten, und über den Geburtstag läßt sich nicht streiten. Anders wird die Sache, wenn die Feier einen amtlichen Charakter bekommt und die Bevölkerung beteiligt. So wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß am 27. Januar die Kgl. Galut geschaffen habe. Wir können nicht nachprüfen, ob man auf diese Weise wirklich den ehemaligen Kaiser ehren wollte, oder ob man nur zu einem anderen Zweck gelöst wurde. Gegen eine Kaisergeburtstagsfeier muß selbstverständlich entschieden Einspruch erhoben werden. Sie bedeutet für viele Bevölkerungsteile eine Provokation der äbelssten Sorte.

Kriegsopfer. Am Sonntag findet das Mahlfest an folgenden Stellen in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags statt: Auf dem Schanhorstplatz (am Bismarck-Denkmal), auf dem Westfälischen Platz (an der Königsbrücke), in den Parkanlagen am Zemsdorfer Weg, Sudenburg.

Wir die Kriegsopfer. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstaltet am Sonntag den 8. Februar in ganz Deutschland Kundgebungen für die sofortige Erhöhung der Rentenbezüge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Der Ort der Veranstaltung wird noch durch Inserate bekanntgegeben.

Reformerversammlung. Ein außergewöhnlich wohlgeleitete Gedächtnis ist der Reformerversammlung, gegründet und geleitet von Karl Hoffbauer, Redakteur der „Sachsenchau“. Der Bund treibt „Politik“, indem er jedes politische Ziel abseht. Es findet bei ihm jeder Redefähige seine Bühne, jeder Redegierige Gelegenheit, sich zu erheben, jeder Phantast sein Publikum. Seine Verantwortlichkeit gibt es nicht, also kann man durchaus Schwadronen werden. Die Reformerversammlung war immer amüsant und — ertragreich. Jetzt scheint aber ein grüner Wolf in diese Herde politischer Harmonikler eingebrochen zu sein, denn Karl Hoffbauer schreibt in der „Sachsenchau“:

Schon mehrere Tage vor dem letzten Erweiterungsabend wurde mir gemeldet, daß gewisse Antifemmenführer sich mit der Absicht trügen, meinen Erweiterungsabend zu sprengen. Noch nicht vor Beginn des Abends ließen von guten und besorgten Freunden dringende Warnungen vor der Sprengkolonne ein. Die Meldungen verbreiteten sich im Saale sehr schnell. Ein treuer Freund rief sofort das zusehende Publikum mit der Bitte um Hilfe an, und erhielt diese auch für den Notfall zugesagt. Schon 8 Tage zuvor hatten gebildete Kaufleute es offen vor ihrer Umgebung in der Versammlung ausgesprochen, daß die Versammlung sprengen wollten. Am Abend selbst erschienen auch merkwürdige Besucher, die sich sonst nicht sehen ließen. Einige junge Leute mußten wegen ihres störenden Auftretens scharf zurückgewiesen werden. Mehrere höhere Schüler wollten sich den kostenlosen Eintritt erzwängen. Selbst einige Damen und Herren zeigten an der Kasse ein Verhalten, das mit ihrer sonstigen gesellschaftlichen Stellung kaum in Einklang zu bringen war. Und das alles, weil ich die erbitterte Parteiliebe und die wüste antisemitische Agitation auf meinen Abend nicht mehr dulden will, weil diese das deutsche Volk spaltet und zum Caubium der Feinde schwächt. Ich will sammeln und nicht zerstreuen. Deshalb sollte ich von jetzt an die wüste antisemitische Agitation von den Abenden aus. Mit mir aber künftig vor Wörungen zu schützen, habe ich mich mit der Polizei in Verbindung gesetzt und von dieser die Hilfe erhalten, daß sie etwaige Versammlungsstöcker künftig entfernen und gegebenenfalls auch bestrafen lassen wird.

Wenn Herr Hoffbauer von jetzt an die wüste antisemitische Agitation ausschalten berpricht, dann will das sagen, daß sie bisher in „seinen“ Versammlungen getrieben wurde. Ein Teil der Gäste will den alten Brauch beibehalten, darum der Konflikt, Spektakel, Alarmierung der Polizei. Es muß im politischen Leben auch Spitz geben.

2000 Mark Besohnung! In der Nacht zum 28. d. M. wurden in Quasindburg zwei Pferde gestohlen: Fuchswallach, 10 Jahre alt, 1,77 Meter groß, kräftig, langer Schweif und Mähne; dunkler Fuchswallach, 8 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kurzer Schweif und Mähne, weiße Hinterfüße. Für die Ermittlung hat der Bestohlene obige Besohnung ausgesetzt.

500 Mark Besohnung! In der Nacht zum 28. d. M. ist im Offizierskasino zu Altengrabow ein heller Fuchswallach-Obermanteil mit Wisamfutter gestohlen worden. Für die Wiederbeschaffung erklartet der Bestohlene obige Besohnung. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 66, entgegen.

Gestohlen wurden aus einer Wohnung im Neuen Weg ein schwarzer Rod mit Weste, zwei Schirme, ein grauer, ein braunlich kariertes und ein blauer Jackettag, eine schwarze und eine gestreifte Hose, zwei Paar Herrenschuhe, ein graues Damenkleid, ein weißer Faltrock mit Stickerei, ein kariertes Hauskleid, zwei Fuchswallachen. Davon ein weißer, ein Fuchswallach, ein Fuchswallach, eine blaue Seidenjacke, eine weiße und eine grüne Wulst, eine goldene Herrenreifer, auf dem Rücken ein Herr aus der Familie eine goldene Remontouruhr, in deren Deckel außen E. S. und innen St. Sp. 20. 10. 1918 eingraviert ist; von einem Lagerplatz an der Bräunlichweiger Straße ein Posten eines Uhren, Ketten und Wägen; aus einem Schaufenster in der Halberstädter Straße 22 Miegel Waschelei; aus einem Keller in der Westendstraße mehrere Flaschen Wein und Büchsen eingestohlene Gleich; aus einer Gartenparzelle an der Schönebender Straße 18 verschiedenefarbige Tauben.

Lebensmittelhebe und Hehle. Der Schmieb Karl Hoffbauer und der Arbeiter Ernst Klaus, beide aus Magdeburg, hatten in einer Schiffahrt in Erfahrung gebracht, daß ein hier auf der Durchfahrt befindlicher Elbfahrer mit dem Bestimmungsort Halle a. S. Schmalz geladen hatte. Sie erwarteten den Kahn vor der Schleuse bei Halle a. S., erlitten ihn des Nachts, when den Kahnführer lüben ihn unbemerkt von den Kahnführern mit 18 Fässern Schmalz und führen damit unter dem Schutze der Dunkelheit, nachdem sie einen Tag im Schiffe des Saalehorns verbracht hatten und die Bootsladung mit Schmalz bepackt hatten, nach Magdeburg. Ein beteiligter Rollenwagen brachte die 18 Fässer in eine Schmalzfabrik auf dem Kleinen Stadmarkt, von wo aus der Betrieb des Schmalzes in Fässern und im Kleinverlauf vor sich ging. Der Hehle der Kriminalpolizei gelang es, den Diebstahl voll aufzudecken und noch etwa 12 Fässer Schmalz herbeizuführen. Der Rest war bereits im Kleinhandel zu hohen Preisen verkauft.

Rinderaufschlingung. Am 28. d. M. wurde im Saale ein Angingehäus, Tismarckstraße 1, ein etwa 8 bis 4 Wochen altes männliches Geschlecht aufgefunden. Es war vollständig mit wässrigem Gemü, Vargenflächen und braunrotem Blau bedeckt. Angingehäus war es in zwei blaue gestreifte Mädel und ein wässriges, gelbes, gelbliches Tuch. Angaben über die mutmaßliche Herkunft des Kindes erließ die Kriminalpolizei, Zimmer 61.

Die Familie Hohenzollern berichtet auf die Fortzahlung der Rente von 2 1/2 Millionen Talern, die 1820 gegen Überlassung des Domänenbesitzes an den Staat vereinbart worden war. Auf mehrere hundert Millionen Mark wird auch der Wert an Kunstbesitz geschätzt, auf den sie Verzicht leistet. Als Entschädigung wird der Familie Wilhelm 2. eine einmalige Abfindung von 100 Millionen zugewilligt. Aus diesen Betrag werden die entsprechenden Steuern berechnet, die für das der Familie verbleibende Vermögen von 800 bis 1000 Millionen Mark zu entschädigen sind, so daß von der Entschädigung nichts ausgezahlt werden wird.

Uns scheint, Wilhelm 2. und seine Familie können mit der herabgeschlagenen Stellung mehr als zufrieden sein. Zwar hat er seine Krone und die Machtvollkommenheit in seine Hände gelegt war, aber er bleibt doch noch der vielfache Schloßherr, der ungeheurer reiche Privatmann, der sich alle Genüsse der Welt leisten kann. Er ist ein Glückspilz wie selten ein Mensch, denn wenn er aus dem Zusammenbruch der Monarchie nichts gerettet hätte als nur seinen Kopf, so hätte er damit allein schon ungeheures „Schwein“ gehabt. Wir sind überzeugt, damals, an dem Tage seiner Flucht, ist er auch

selber dieser Meinung gewesen.

Nun will ihm die preussische Regierung noch zahlreiche Schätze, ein riesenvermögen und 100 Millionen Mark Abfindung, die allerdings für Steuern einbehalten werden sollen, herausgeben. Wir möchten dazu mit gebührendem Nachdruck bemerken, daß uns dieser Vorschlag ganz und gar nicht gefallen will. Dem Volksempfinden wird es schwerlich entsprechen. Die Regierung beruft sich ja nun freilich auf die Reichsverfassung, nach der das Privateigentum unverletzlich sein soll. Zugegeben, daß alles das, was dem verflochtenen Kaiser verbleiben soll, Privateigentum sei, hat dieses nicht den großen Umfang angenommen, weil das Hohenzollernhaus nicht eben eine beliebige Privatfamilie, sondern das preussische Königs- und das deutsche Kaiserhaus war? Was hier als Privateigentum auftritt, muß unser Erachtens zu einem erheblichen Teile noch

als Staatseigentum angesehen werden.

Die Preussische Landesversammlung hat ja zu der Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Sie wird sich sie, dessen sind wir sicher, recht genau ansehen, und sie in einem Sinn erledigen, die dem Volksempfinden entspricht. Es kommt nämlich nicht nur darauf an, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist; wichtiger ist noch, dem Volke zu geben, was des Volkes ist!

Die Eisenbahnerbewegung.

Eine in Berlin abgehaltene Versammlung von Funktionären des Allgemeinen Eisenbahner-Bundes aus allen Teilen des Reiches ist nach sehr ergiebiger Aussprache zu dem Ergebnis gelangt, daß bei der gefährlichen Lage unserer Volkswirtschaft und bei den derzeitigen Verhältnissen unter den Eisenbahnern eine Kampfanfrage an die Eisenbahnverwaltung nahezu selbstverständlich sei.

Sie gab aber auch so mehr der Erwartung Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung bei der bevorstehenden Wiedereinstellung der Arbeiter, Durchführung und Ausgestaltung des angeordneten Akkordverfahrens usw. die Berufsorganisationen beteiligen werde. Zugleich wurde als einmütige Meinung festgestellt, daß nunmehr der Abschluß der Tarifverhandlungen mit allem Nachdruck gefördert werden müsse.

In dem in geheimer Abstimmung mit 41 gegen 18 Stimmen angenommenen Beschluß heißt es u. a.: Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von dem jetzt abgeschlossenen Teile des Tarifvertrags. Dem engeren Vorstand wird die Ermächtigung zur Unterzeichnung des abgeschlossenen Teilvertrags erteilt. Es muß nach wie vor daran festgehalten werden, daß die Akkordarbeit für die Eisenbahn-Reparatur-Werkstätten ungeeignet und nicht zu empfehlen ist. Ohne seinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, jedoch im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, in denen unser Verkehrsweesen sich befindet, und in dem Bestreben, an der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken, billigt der erweiterte Vorstand die Erklärungen der Tarifverhandlungskommission vom 28. Januar, nach denen sie bereit ist, auch über ein Akkordsystem mit der preussischen Eisenbahnverwaltung zu verhandeln. Dabei ist die Erwartung zu äußern, daß es den beteiligten Kräften nach Einkehr des vollen Blickes für die Interessen aller Kollegen gelingen wird, die als Normmaßnahme eingeführte Akkordarbeit baldigst wieder und endgültig zu beseitigen.

In Frankfurt a. M. beschloß eine Versammlung der Werkstättenarbeiter, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit zu melden. Unmittelbar nach der Versammlung wurde der Ortskomitee des Deutschen Eisenbahnerbundes, Paul Schulz, von der Kriminalpolizei verhaftet und in Schutzhaft genommen. — Aus den übrigen Orten, in denen die Eisenbahnerwerkstätten geschlossen wurden, liegen ebenfalls Meldungen vor, daß die Arbeiter sich größtenteils zur Wiederaufnahme der Arbeit melden.

Rußlands Verhältnis zu Polen.

Die Sowjetregierung hat an die polnische Regierung eine neue Note gerichtet, in der sie es Polen anheimstellt zu entscheiden, ob es mit der Sowjetrepublik zusammenwirken wolle oder nicht. Es heißt darin, die polnische Regierung habe jetzt die Entscheidung zu treffen, die für die Entwicklung und das Leben beider Länder für viele Jahre die wichtigsten Folgen haben müsse. Alles weise darauf hin, daß die extremsten imperialistischen Elemente der Entente und besonders die Agenten von Clemenceau und Churchill sich geirrt hätten, wenn sie sich einen Erfolg von ihren Versuchen versprochen. Polen gegen die russische Sowjetrepublik aufzugeben. Die Verantwortlichkeit dem arbeitenden Volke gegenüber müsse auf diese Frage fallen.

Die Note enthält dann einige Zugeständnisse der Sowjetregierung Polen gegenüber. Diese lauten:

Der Rat der Volkskommissare ist bereit: 1. die Unabhängigkeit Polens auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzuerkennen. 2. erklärt der Rat der Volkskommissare, daß er keine Angriffe auf Polen beabsichtigt und daß die roten Truppen, die jetzt die Linie, die an

der wehrpflichtigen Front von ihnen gehalten werde, nicht über die Linie der jetzt gehaltenen Front von den Sowjettruppen nicht fortgesetzt werden. 3. Die Sowjetregierung wolle weder mit Deutschland noch mit irgendeinem andern Land ein Abkommen oder eine Übereinkunft treffen, die sich direkt oder indirekt gegen Polen wende. 4. erklärt der Rat der Volkskommissare, daß es, insoweit es sich um die wirklichen Interessen Polens und Russlands handle, seine einzige Frage territorialer oder wirtschaftlicher Art gebe, die nicht auf friedlichem Wege durch Verhandlungen gelöst werden könnte.

Der Rat der Volkskommissare sei bereit, vom Zentralvolkskongress, der im Februar zusammentrete, die feierliche Bestätigung dieser Erklärungen einzufordern.

Zum Schluß der Note heißt es, der Rat glaube, daß er mit diesen Erklärungen seine Pflichten hinsichtlich der friedlichen Interessen des russischen und polnischen Volkes erfüllt habe, und er hoffe, daß alle Streitfragen nunmehr auf friedlichem Wege geschlichtet werden könnten. —

Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Kürzlich trat der vom Parteivorstand zusammenberufene Reichsbeamtenbeirat der S. P. D. wie schon kurz mitgeteilt, zu seiner ersten Tagung im Sitzungssaal des Parteivorstandes zusammen. Genosse Ritter beehrte als Vorsitzender der Tagung die aus dem ganzen Reich erschienenen Delegierten im Namen des Parteivorstandes. Genosse Thomas erläuterte den Bericht über den Stand der Organisationsarbeit. Redner konnte über ersten Fortschritt der Organisations- und Aufklärungsarbeit im ganzen Reich berichten. Die ausgebreitete Aussprache an der sich Genossen aus allen Gegenden des Reiches beteiligten, brachte wertvolle Ergänzungen und Anregungen für den weiteren Ausbau der Organisationsarbeit. Genosse Ritter konnte im Schlußwort feststellen, daß die Auffassung über Zweck und Ziel der Arbeit unter den Beamten durchaus einheitlich ist und die Genossen auf die kräftigste Unterstützung des Parteivorstandes rechnen dürfen. Die vorgelegten Anträge, die u. a. das Verhältnis zur Arbeitgemeinschaft der Lehrer, die Herausgabe einer eigenen Zeitung, Verbreitung von Agitationsmaterial usw. betrafen, wurden angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht über die durch die Revolution aufgestellten Beamtenfragen hielt Genosse Steinbock das Referat. Er behandelte den Aufbau des Beamtenrechts und berührte die bisher noch unerledigt gebliebenen Forderungen in Bezug auf Herabsetzung der Personalstellen, des Streikrechts, Gleichberechtigung der Beamtinnen, Besoldungs- und Personalreform. Die Aussprache über diese Fragen war wiederum eine sehr ausgefüllte und ausregende, und zeigte ein wie großes Arbeitsfeld noch für unsere Parteigenossen hier zu beackern ist. Als Korreferent behandelte dann Landrichter Genosse Huben die Erfahrungen aus der Praxis. Seine Ausführungen machten einen tiefen Eindruck. Der von uns bereits veröffentlichte Artikel gegen die reaktionären Freiberger in der Verwaltung, denen die freiberger Beamten oft schütlos ausgeliefert sind, hat diesen tiefen Eindruck.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Die Partei und die Beamtenvereinigungen referierte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Brackmann. Er legte nach einer kurzen historischen Würdigung der Entwicklung der Gewerkschaften das Verhältnis zu den Angehörigen und Beamtenverbänden dar. Insbesondere behandelte er die mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Verhandlungen und die Stellung, welche die General-Konmission dazu eingenommen hat, um dann einen Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten zu werfen. Auch hier zeigte die ausgebreitete Aussprache, in welchem Wärmegefühl sich auch auf gewerkschaftlichen Gebieten die Beamtenbewegung befindet und wie es aller Anstrengung bedürftig wird, um die vorhandenen Verbände zu wirklichen Gewerkschaften anzubahnen. —

Revolution und Modenblatt.

Der Leipziger Verleger einer Anzahl von Mode- und Frauenblättern teilt den Buchhändlern und Zeitschriften-Kolporteurs durch Zirkular mit, daß der Papiermangel ihn zwingt, seine Schriften seltener, in anderer Reihenfolge und selbstverständlich zu höherem Preise zu liefern.

Das ist natürlich eine Sache lediglich des kapitalistischen Unternehmers und seiner Abnehmer. Aber an diesem Zirkular hat auch die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse. Nach Meinung des Verlegers ist nämlich an seine in Rücksicht lediglich die Revolution schuld. Er schreibt:

Die Revolution mit ihren wahnwitzigen Verleumdungen hat das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands ins Stocken gebracht. Die Folgen der vielen Streiks machen sich jetzt in ihrer ganzen Tragweite untermischbar. ...

Und an anderer Stelle fügt er einer Beschwerde über Elektrizitätsperre in Leipzig hinzu:

Selbst in den letzten Erntedjahren konnten unsere Zeitschriften sehr reichlich erscheinen, doch die Führer der Revolution haben es erreicht, daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands der Auflösung entgegengeht. ...

Zum Schluß fordert der ehrenwerte Verleger seine Kolporteurs auf, die Leserinnen über die Gründe der Veränderung in der Erscheinungsweise seiner Blätter zu unterrichten. Man kann also allerlei erwarten, wenn die „geehrten Referenten“ von den Kolporteurs „informiert“ werden. Da der Verleger selbst seine Abnung von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen unter's Gliebs hat, sie aber sicher nicht zu erkennen gibt, wird man kaum annehmen dürfen, daß seine Kolporteurs die Modenblatt-Abonnenten über Valuta, kapitalistische Schiebung und dergleichen schöne Dinge unterweisen.

Unre Genossen erleben aber aus diesem Zirkular, wie warnig die Klänge sind, durch die die kapitalistische Verelendung des Volkes geleitet wird. Das sollte ein Ansporn für sie sein, desto lebhafter die Propaganda für die Sicherung der Republik zu betreiben. —

Kommunistische Gemeindepolitik.

Unre Wählergenossen von dem äußersten politischen linken Flügel sind mit Gott und aller Welt nicht mehr zufrieden. Es gibt kein Ding unter der Sonne, das nach ihren Anschauungen nicht zerstört oder mindestens umgestaltet werden müßte. Unre gereinigte Volkswirtschaft, um deren Wiederaufbau sich alle vernünftigen Elemente bemühen, muß nach kommunistischen Begriffen erst vollständig auf den Hund gebracht werden, um dann etwas Neues entstehen zu lassen. In Worten zeigen die Kommunisten nicht die Reaktion miederzuteilen. Man könnte seine Freude daran haben, wenn auch die Tatsachen entsprechend wären. Da aber's natürlich nicht.

In Gommern galt es dieser Tage, einen besoldeten Stadtrat zu wählen. Dem die wichtigen Vertreter der Arbeitervereine und Jugendvereine unterzogen werden sollen. Für diesen Posten hatten sich 66 Bewerber gemeldet; zwei davon sind zur ersten Wahl gewählt worden, und zwar schlug die Mehrheit des

Stadterordneten-Kollektivs unsern Chemiker Genossen Lehmann Schaller zur Wahl für dieses Amt vor. Der Kandidat, der die sozialistischen Vertreter des Kollektivs wählen den Kandidat Lehmann Schaller zu wählen haben. Wie wir in unserer Nummer schon erwähnt haben, daß die radikalen Elemente der Partei mit den reaktionären Streifen der Medien gemeinsame Sache machen, so auch hier. Kein anderer als Herr Franz Lehmann, der seitens der Partei als „Stadterordneter“, der Vertreter des Kollektivs, Genosse des Parlamentarismus und Sozialist gegen die Reaktion, gab seinen Namen dazu her, um das Mandat des Stadterordneten der Bürgerlichen Partei zu unterstehen. Herr Lehmann, der das Vertrauen der kommunistischen Kommunisten genießt, steht in politischer Beziehung der demokratischen Partei sehr nahe und wird in Frankfurt wegen seines zweifelhafte Verhaltens in sozialistischen Kreisen bei den Wahlen um einen Posten von untern Genossen abgelehnt werden. Und ausgerechnet Herr Lehmann wollen die Kommunisten an einen so wichtigen Posten setzen. Glücklicherweise hat Chemnitz eine sozialdemokratische Stadterordnetenversammlung und wählte den Lehrer Schaller zum Stadtrat.

Das also ist die positive parlamentarische kommunistische Arbeiterbewegung. Solch konsequente Arbeiterbewegung erkennen eine wunderbare Perspektive für die Zukunft in einer sozialistischen Demokratie. Die Partei ringt sich diese politische Selbst in ihrer ferneren Entwicklung noch zu der geistigen Befähigung durch, daß sie sich selbst ein geistiges Bewußtsein schaffen, die ein Neuaufbau der Wirtschaft und eine Überwindung der Verhältnisse einleiten kann. Sollten wir auf eine solche Entwicklung, denn sie allein liegt im Interesse der Arbeiterklasse.

Notizen.

Eine gemeinsame Kabinettsitzung. Am Freitag fand eine gemeinsame Kabinettsitzung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung statt. In der Sitzung wurde die Zusammenlegung des Reichsministerbüros und der Zusammenwirken beider Regierungen in Angelegenheiten der Landesverwaltung über den Einheitsstaat. —

Anhaltende Besserung im Befinden Erzherzog. Die Besserung im dem Befinden des Reichsfinanzministers Erzherzog ist weitere Fortschritte gemacht. Der Zustand des Reichsministers ist durchaus normal. Er ist vollständig fieberfrei, und auch die Herzkräftigkeit läßt kaum noch etwas zu wünschen übrig. —

Die Volksabstimmung in Schleswig. Der deutsche Reichstag für Schleswig teilt mit: Die Abstimmung in der ersten Phase findet am 10. Februar statt; die Wahlkreise gelten bereits vom 1. Februar an; für Unterkunft und Verpflegung werden am 8. Februar angesetzt. Die Kommission der Allierten behält die Abstimmung für die zweite Phase auf Sonntag am 7. März zurück. Die Säulen haben bereits den Termin hinausgeschoben, doch konnte sich die Kommission der Allierten im Hinblick auf die Deutschen nicht verständigen. —

Am nördlichen Abstimmungsgebiet. Die Internationale Kommission in Nord-Schleswig hat den Bürgermeister von Rendsburg, ausgenutzt. Eine Abschiebungsgeldung, die ihm von deutscher Seite dargebracht werden sollte, wurde von dem englischen Polizeimeister verboten. Die Internationale Kommission hat die Abstimmungsfrist für Schleswig den 7. März fest. — Der bisherige Staatskommissar für Nord-Schleswig, Dr. Koehler, wurde zum deutschen Geschäftsträger bei der Internationalen Kommission ernannt und nimmt seinen Sitz in Malmö. —

Neue Beratung über die Auslieferung „Coenina Standen“. meldet, daß Millerand und Mitti wahrscheinlich nach London kommen werden, um die ganze Frage der Auslieferung zu besprechen. Man dürfe sich nicht wundern, wenn die Schuldigen auf neue verurteilt werde. Die Allierten sind im allgemeinen darüber einig, daß sie nichts tun wollen, um die jetzigen Unruhen in Deutschland noch schlimmer zu machen. —

Die Auflage gegen Kessel. Gegen den Oberhauptmann des Reiches ist die W. F. P. meldet, Aufhebung der Auflage gegen Kessel ist im Mai und Juni unter Kessel's Leitung die nötige Arbeit seinen Untergebenen, dem Leiter der Abteilung, zur unerlaubten Entfernung vorläufig bestimmt habe, der ferner am 6. Juni vor Gericht in öffentlicher Verhandlung gegen Kessel mit dem Gide bekräftigt habe und nach dem Richter zum zweiten Mal mit tödlichen Wunden herausgefordert habe. Die Hauptverhandlung wird am 1. Februar beginnen. Das Verfahren gegen Kessel, soweit seine Schuld an der Ermordung von 29 Angehörigen der Volkswirtschaft, dessen in Frage kommt, ist nach Maßgabe der Ergebnisse der Verhandlung gegen Marck eingestellt worden. —

Vertrauensvotum für Millerand. Das neue französische Kabinet unter Millerand, das bei der ersten Abstimmung in der Kammer schon heftig in den Werten geraten war, da es sich abgesehen von den offenen Gegnern — nicht weniger als 50 Kammermitglieder durch Stimmabgabe ihr Vertrauen ausgesprochen, so daß schon für die allererste Zeit die Demission des Kabinetts vorausgesetzt wurde, hat sich am Freitag am 2. Februar der Reichstag über eine Interpellation über die Regierungspolitik ein starkes Vertrauensvotum gefaßt. Mit 510 gegen 10 Stimmen nahm die Kammer eine Tagesordnung an, die die Kammer habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie in der Einigkeit aller Republikaner das vom Ministerpräsidenten angeordnete Programm ausführt. —

Sowjetstrafrecht heft Terror und Todesstrafe auf. In Petersburg wurde dieser Tage angeblich ein Dekret veröffentlicht, in dem es heißt, daß nach der Einnahme von Moskau am 25. Januar das Sowjetstrafrecht in Kraft tritt, und nach der Befreiung der Städte alle Bestimmungen der Strafrechts der Sowjetregierung in Kraft treten, endgültig geändert seien. Infolgedessen sei der Terror von nun an unnötig und werde aufgehoben. Falls die Entente jedoch neue Versuche zur Ermordung in die Verhältnisse in Russland machen sollte, bleibe die Todesstrafe in Kraft. —

Die Todesstrafe mehr zu vollziehen, und es wird ein Gesetzesvorschlag vorbereitet, der die Todesstrafe aufhebt. — Es bleibt jedermann überlassen, dieser Meldung Glauben zu schenken oder nicht. —

Depeschen.

Proteststreik gegen die Polen.

M. F. Danzig, 30. Januar. Infolge der Verletzung des Beamtenabkommens durch die Polen traten die deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Danzig gestern abend um 7 Uhr in einen Proteststreik von 24 Stunden Dauer. Infolgedessen konnte der D-Zug, der abends um 9 Uhr 20 Min. Danzig in Richtung Berlin verläßt, nicht abgefertigt werden. Ebenso wurde der D-Zug 4 Königsberg-Berlin, der abends 7 Uhr 35 Min. von Königsberg abfahren sollte, ebenfalls zurückgehalten. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27.

Magdeburg, Sonntag den 1. Februar 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 31. Januar 1920.

Gegen die Wohnungsnot.

Die Mieterversammlung im „Hohenzollernpark“ am 30. Januar war außerordentlich stark besucht. Der Vorsitzende des Mietervereins, Stadtrat Mühlste, richtete zunächst eine Ansprache an die Anwesenden, für den Mieterverein kräftig zu agitieren, um dadurch ein großes Gegengewicht gegen den allmächtigen Hausbesitzerverein erstehen zu lassen.

Arbeitersekretär Zänisch referierte nunmehr über „Was muß jeder Mieter von der Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt betr. die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wissen?“ Er führte u. a. folgendes aus: Von einer großzügigen Wohnungspolitik war bisher bei uns so gut wie gar nichts zu merken. Dafür sorgte das Hausbesitzerspezifische in der Gemeinde und das Dreiklassenwahlrecht im Staate. Die Hausbesitzer verstanden es dabei vorzüglich, für ihre Interessen zu sorgen. Damit hat zum großen Verrag der Hausbesitzer die Revolution grundlich aufgeräumt. Der Kampf gegen die Wohnungsnot muß ohne Ansehen der Partei auf das schärfste geführt werden. Die Wohnungsnot ist durch den Krieg auf das höchste gestiegen, es fehlen jetzt in Deutschland bereits über eine Million Wohnungen. Die jetzigen Mieterschützungsverordnungen haben darum nicht die rechte Wirkung gehabt, weil die Mieter nicht den Mut gehabt haben, ihre Rechte im Gegensatz zu dem Hausbesitzerverein wahrzunehmen. Das hat zur Folge, daß ein

Schlachthandel mit Wohnungen

eingegriffen ist. Niemand gab es bessere Breiten für die Hausbesitzer als heute. Wenn früher seltenlange Ankündigungen von leerstehenden Wohnungen in den Zeitungen zu finden waren, so ist das heute ganz ausgeschlossen. Darum ist den Hausbesitzern der Kampf mächtig geschwunden, und sie nutzen nun die Wohnungsnot für sich gütlich aus.

Unter großer Erregung der Anwesenden gibt der Redner Beispiele von unerhörten Mietsteigerungen bekannt. Danach wurden die Mieter eines Hauses in der Froler Straße innerhalb eines Jahres bis zu 47 Prozent gesteigert, außerdem sollten sie sich verpflichten, für alle Reparaturen bis zur Höhe von 20 Prozent der Jahresmiete aufzukommen. In einem Hause der Eberdorfer Straße sind die Mieter bis zu 88 Prozent gesteigert, in der Kanitzstraße gar über 70 Prozent usw.

Dabei war es die höchste Zeit, daß die Verordnung über die Höchstmieten erlassen wurde. Nach dieser Verordnung sind für Magdeburg 20 Prozent als Zuschlag zur Miete vom 1. Juli 1914 zugestanden. Alle Minderungen, die seit dem 9. Dezember 1919 wegen Verweigerung von Mietsteigerungen ausgesprochen worden sind, sind unwirksam. Von heute an braucht kein Mieter mehr als 20 Prozent

auf die Miete vom 1. Juli 1914 zu entrichten. Im Anzeigenteil wird heute die betreffende Bekanntmachung des Wohnungsamtes veröffentlicht. Reparaturen, die notwendig sind, hat der Hausbesitzer zu tragen, eventuell ist der Mieter berechtigt, diese von der Miete abzuziehen. Aber auch dem Hausbesitzer steht ein Schutz zu. Kann er nachweisen, daß er unerschuldete Substanzen an seinem Grundstück hat leisten müssen, so hat er das Recht, an das Mieteinigungsamt zu gehen und um eine Erhöhung der Mieten nachzusuchen. Wenn von allen Volksgenossen Ober verlangt werden, so kann man das auch vom Hausbesitzer verlangen.

Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, sich dem Mieterverein anzuschließen, damit dieser in die Lage versetzt wird, reiflos die Rechte der Mieter wahrnehmen zu können, schloß Genosse Zänisch seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Rechtsanwalt Dr. Behle ergänzte diese Ausführungen nach der juristischen Seite und führte den Anwesenden die ungeheuer große Zahl von Vorschriften und Verordnungen vor Augen, die sich mit der Wohnungsnot befassen. Nach seiner Meinung ist die Höchstmietendeckelung eher ein Schutz für den Hausbesitzer als für den Mieter. Von der äußersten Nothilfe bis zur äußersten Nothilfe bilden die Hausbesitzer eine geschlossene Gruppe. Dieses Beispiel sollten die Mieter nachahmen, dann würden sie mehr wie bisher ihre Rechte wahrnehmen können.

Nach einer kurzen Ansprache erhielt Arbeitersekretär Zänisch das Schlußwort. Er brachte zum Ausdruck, daß die Höchstmietenverordnung gar nicht so pessimistisch anzusehen sei. Vor allem hat es dem Geschehen daran gelegen, eine möglichst einheitliche Rechtsprechung für das ganze Reich zu schaffen. Von den Mietern kann aber verlangt werden, daß sie die daraus sich ergebende Anwendung ziehen. Vor allem, daß sie den ungehörigen Forderungen und Zumutungen der Hausbesitzer gegenüber mehr Mut und Rückgrat zeigen, als das bisher der Fall war.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Zu dem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Bericht über die Eisenbahnerversammlung erhalten wir diese Zuschrift:

In der gestrigen Ausgabe der „Volksstimme“ befindet sich der Bericht von der Betriebsversammlung der Eisenbahnerwerkstättenarbeiter, in der ich mich über die passive Resistenz äußerte. Der Bericht gibt nun meine Äußerungen in der Weise wieder, daß der Unbeteiligte ohne weiteres annehmen muß, ich sei innerlich dafür, daß die passive Resistenz geübt wird, genau wie aber nicht, meine Haltung nach außen hin zu verteidigen. Dazu will ich bemerken, daß ich deshalb zu der Frage Stellung nahm, weil ein Rechtssozialist es war, der vorher Äußerungen im Sinne der passiven Resistenz getan hat. Bei der üblichen Gebe, die gegen die Eisenbahner getrieben wird, mußte die von dem Rechtssozialisten getane Äußerung für die bürgerlichen Verfechter ein geundenes Futter sein. Ich als Vertreter der Arbeiterinteressen fühle mich verpflichtet, dieses zu beurteilen und erklärte deshalb, daß die passive Resistenz wohl nur ein Schlagwort zur Bekämpfung der Arbeiter sei, daß in Wirklichkeit die Arbeiter gar nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft voll auszunutzen wegen der mangelhaften Betriebsbedingungen.

Da Sie meine Worte als einen „glanzvollen Ausspruch“ bezeichnen, muß ich annehmen, daß es Ihnen nicht unlieb ist, wenn Arbeiter Äußerungen machen, merkt ihre Gegner schon laugen können. Ich bin anderer Meinung und habe mich betätigt, wie es mit als Arbeitervertreter zukommt.

Karl Rod.

Die Unterstellung, daß es uns nicht unlieb sei, „wenn Arbeiter Äußerungen machen, merkt ihre Gegner schon laugen“, weisen wir auf das Schärfste zurück. Die Sache lag so: Ein Arbeiter — ob es ein „Rechtssozialist“ war oder einer von links, wissen wir nicht — hat eine Äußerung getan über die passive Resistenz. Es war eine der Versammlungszußerungen, die gelegentlich unterlaufen und durchaus nicht wörtlich zu nehmen sind. Durch die wirklich nicht geschickte Art, wie Rod diese Äuße-

rung auftritt und korrigieren wollte, wurde erst eine Vorbeil baranz, die Schaden stiften kann. Diese wenig geschickte Art, einen Fehler auszugleichen, nannte unser Gewährsmann „glanzvoll“. Das Gegenteil war selbstverständlich gemeint.

Die „Volksstimme“

erweist sich auch in dieser Zeit der Ärmnis und Not als ein unverlässiger Ratgeber und treuer Freund der arbeitenden Bevölkerung. Betreu dem Programm der Sozialdemokratischen Partei, unterstützen sie alle Maßnahmen, die zur Befreiung unseres Wirtschaftslebens führen können. Sie tritt für weitestgehende Demokratisierung und Sozialisierung ein, um den Aufstieg unserer Volkswirtschaft zu ermöglichen.

durch die Demokratie zum Sozialismus

zu ermöglichen.

Die „Volksstimme“

bekämpft demzufolge alle Versuche einer Diktatur von rechts oder links. Unsere Freunde und Mithämpfer müssen deshalb unermüdet für die Gewinnung

neuer Leser für die „Volksstimme“

wirken. Sie dienen damit ihrer Partei und den Volksgenossen!

— Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Nord. Die Mitgliederversammlung am Freitag war sehr gut besucht. Lehrer Jülich sprach über die Bedeutung der Elternbeiräte. Er konnte aus einer 20jährigen Erfahrung als Erziehungsbeamter sprechen und gestaltete den Abend sehr lehrreich und anregend. Er erntete reichen Beifall. Dem Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte Sitzung und durch Eingabe davon unterrichtet ist, ist bis heute noch keine Abhilfe geschafft. Die Frauen, die sonst benutzt werden konnten, sind in vollständiger Unordnung. Einige Genossen besagten sich über schlechte Zustellung der „Volksstimme“. Nachdem der Genosse Schmidt noch mal aufgefördert hatte, sich recht zuge an den Wahlen zu den Elternbeiräten zu beteiligen und Mitglieder für die Partei zu werben, wurde die interessante Versammlung geschlossen. Einige Anwesende meldeten ihren Beitritt zum Verein.

Bezirk Preßler. Die Mitgliederversammlung am 27. Januar war gut besucht. Lehrer Jülich hielt einen lehrreichen Vortrag über die Bedeutung der Elternbeiräte. Dann erfolgte die Aufstellung der Kandidaten. In der Diskussion wurde wieder lebhaft Klage geführt über ungenügend Wasserentnahmestellen. Obwohl der Magistrat in der Stadtverordneten-Sitzung und durch Eingabe davon unterrichtet ist, ist bis heute noch keine Abhilfe geschafft. Die Frauen, die sonst benutzt werden konnten, sind in vollständiger Unordnung. Einige Genossen besagten sich über schlechte Zustellung der „Volksstimme“. Nachdem der Genosse Schmidt noch mal aufgefördert hatte, sich recht zuge an den Wahlen zu den Elternbeiräten zu beteiligen und Mitglieder für die Partei zu werben, wurde die interessante Versammlung geschlossen. Einige Anwesende meldeten ihren Beitritt zum Verein.

Bezirk Eubenberg. Genosse Mülliger referierte über die Wahl zu den Elternbeiräten. Seine klaren und interessanten Worte waren jedem der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, was auch der starke Beifall am Schluß seiner Ausführungen beweist. Pflicht für Eltern, die noch schulpflichtige Kinder haben, ist es nun, lebhafte für die kommenden Wahlen zu agitieren, damit Leute gewählt werden, die es ehrlich und ernst meinen und die den Fortschritt auch auf dem Gebiet des Schulwesens wollen. Diese Ansicht kam auch in der folgenden Ansprache zum Ausdruck. Die in einer vorausgehenden Funktionärerversammlung aufgestellten Kandidaten fanden die Zustimmung der Versammlung.

Bezirk Wilhelmstadt. Genosse Lehrer Friedrich hielt den leider nicht zu zahlreichen Erziehungsberechtigten einen interessanten Vortrag über die Notwendigkeit der Elternbeiräte. Ihre Einrichtung, Wahl und die reiche Vertretung, welche sie finden werden im Interesse der neuen Generation, aber auch der Schule selbst und der Lehrer. Eine rege Ansprache ergab volles Einverständnis der Genossen über diese wichtige Frage, welche leider von vielen Menschen, wie Wahlen in anderen Orten beweisen, nicht genügend gewürdigt werden. Die aufgestellten Listen der Partei für die verschiedenen Wilhelmstädter Schulen fanden die Zustimmung der Versammlung, deren Stimmung entschieden gegen die konfessionellen Schulen, wie sie der Redner so treffend gekennzeichnet hatte. Partei nahm. Keine Wahlbeteiligung der Wilhelmstädter und Wahlen für die sozialistischen Listen wird erwartet.

Bezirk Friedrichstadt-Werder. Genosse Bahl referierte über die Bedeutung der Elternbeiräte. Der Vortrag wurde verstanden, die Anwesenden in die Sache einzuführen. Beifall lohnte ihn. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Bastian und Strobel. Der Vorleser wies nun auf die Wichtigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten hin. Die Genossen sollen und müssen die Veranlassungen regelmäßig und pünktlich besuchen, um für die nächsten Kämpfe gerüstet zu sein.

— Der neue Straßenbahntarif, 25 Bfg. für die einfache Fahrt dürfte erst — wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird — vom 5. Februar an erhoben werden. Bis zu diesem Tage gilt der 20-Pfennig-Tarif.

— Der neue Angestellten-Tarif. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die Angestellten- und Arbeitgeberverbände haben sich in einer Sitzung der Kammer darüber geeinigt, daß der Tarifvertrag nach den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am 21. Januar 1920 als abgeschlossen gilt. Daraus ergibt sich, daß die nachträglichen Gehalts (Wirtschaftsbeihilfen) am 24. Januar ausbezahlt werden müssen. Wo dies noch nicht geschehen ist, muß es sofort nachgeholt werden. Es erhalten rückwirkend ab 1. Juli 1919 insgesamt: Männliche Verheiratete 600 Mark, männliche Unverheiratete 450 Mark, weibliche Verheiratete 540 Mark, weibliche Unverheiratete 380 Mark, männliche und weibliche Jugendliche, die am 1. August 1919 unter 20 Jahre alt waren, 210 Mark. Auch die Gehaltsätze des neuen Angestellten-Tarifs müssen bereits am Monatsanfang zur Auszahlung gelangen. Da in den nächsten Tagen der Tarifvertrag in Druck erscheint und täglich im Zentralverband der Angestellten, Große Mühlstraße 7, 1. Etz., zu haben ist, wird allen Angestellten Gelegenheit gegeben, die Mängel ihrer Gehaltsbezüge nachzuprüfen. Gleichzeitig wollen wir mitteilen, daß die im Januar abgeschlossenen Gehaltsätze von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bereits am 1. März 1920 geltend gemacht sind, da die Tarifverhältnisse eine Klärung und Neuregelung des Gehalts für die Angestellten notwendig machen.

— Müllabläßplätze. Die Gräben auf dem Zwischenwerk 1a sind zum Abfließen von Hausmüll für die Einwohner von Budau und Eubenberg vorübergehend wieder freigegeben. Der Platz ist wochentäglich von 8 bis 12 und 1 bis 5 Uhr geöffnet. Müllabläßplätze sind wie auf den übrigen städtischen Müllabläßplätzen zu errichten. Die Anfuhr erfolgt nur von der Salber Straße aus gegenüber dem Kruppwerk.

— Eine ansehnliche Messung. An den Blausäulen stehen große Einladungen zu einem „Journéval in Nizza“. Mit Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten. Vom Polizeipräsidenten wird hierzu mitgeteilt, daß zu dieser Veranstaltung weder eine Genehmigung des Polizeipräsidenten erforderlich noch erteilt worden ist.

— Kaiser-Salut? Ueber Kaisergeburtstagsfeiern gehen und mancherlei Mitteilungen zu. Wenn heute im engen Kreise von Bestimmungsgenossen Wilhelm dem Ausgerufenen eine Gedenkfeyer machen, sollen sie es tun. Sie wollen eben eine alte Gewohnheit beibehalten, und über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Anders wird die Sache, wenn die Feiern einen amtlichen Anstrich bekommen und die Bevölkerung belästigt. So wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß am 27. Januar die Artillerie Salut geschossen habe. Wir können nicht nachprüfen, ob man auf diese Weise wirklich den ehemaligen Kaiser ehren wollte, oder ob Narrenschüsse zu einem andern Zwecke geschloß wurden. Wegen einer Kaisergeburtstags-Feiern muß selbstverständlich entschieden Einspruch erhoben werden. Sie bedeuten für weite Bevölkerungsteile eine Provokation der übelsten Sorte.

— Musikanten. Am Sonntag findet das Platzkonzert an folgenden Stellen in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags statt: Auf dem Schopenhofsplatz (am Bismarck-Denkmal), auf dem Köntzischen Platz (an der Königsbrücke), in den Parkanlagen am Leimbörser Weg, Eubenberg.

— Für die Kriegskostler. Der Reichsbund der Kriegskostler, Kriegsteilnehmer und Kriegsgenossen veranstaltet am Sonntag den 8. Februar in ganz Deutschland Kundgebungen für die sofortige Erhöhung der Rentenbezüge der Kriegsgenossen und Hinterbliebenen. Der Ort der Veranstaltung wird noch durch Inserate bekanntgegeben.

— Reformerversammlungen in Nöben. Ein außergewöhnlich drohendes politisches Gebilde ist der Reformerversammlungen, gegründet und „geistig“ unterhalten von Karl Fajhauer, Redakteur der „Sozialschau“. Der Bund treibt „Politik“, indem er jedes politische Ziel anstrebt. Es findet bei ihm jeder Redeliebende seine Bühne, jeder Redegierige Gelegenheit, sich zu erheben, jeder Phantast sein Publikum. Seine Verantwortlichkeit gibt es nicht, also kann maner draußes Schwadronieren werden. Die Reformerversammlungen waren immer amüsant und — ertragreich. Jetzt scheint aber ein grimmer Wolf in diese Herde politischer Darmlosigkeiten eingebrochen zu sein, denn Karl Fajhauer scheidet in der „Sozialschau“.

„Schon mehrere Tage vor dem letzten Erörterungsabend wurde mir gemeldet, daß gewisse Antifemilisten sich mit der Absicht trügen, meinen Erörterungsabend zu sprengen. Noch nicht vor Beginn des Abends ließen von guten und bezorgten Freunden dringende Warnungen vor der Sprengkolonne ein. Die Warnungen verbreiteten sich im Saale sehr schnell. Ein treuer Freund rief sofort das aufstrebende Polizeirevier mit der Bitte um Hilfe an, und erhielt diese auch für den Notfall zugesagt. Schon 8 Tage zuvor hatten gebildete Kaufleute es offen vor ihrer Umgebung in der Versammlung ausgesprochen, daß die Versammlung sprengen wollten. Am Abend selbst erschienen auch merkwürdige Besucher, die sich sonst nicht sehen ließen. Einige junge Leute mußten wegen ihres störenden Auftretens scharf zurechtgewiesen werden. Mehrere höhere Schüler wollten sich den kostenlosen Eintritt erzwingen. Selbst einige Damen und Herren zeigten an der Kasse ein Betragen, das mit ihrer sonstigen gesellschaftlichen Stellung kaum in Einklang zu bringen war. Und das alles, weil ich die ekelhafte Parteibege und die wüste antifemilische Agitation auf meinen Abend nicht mehr dulden will, weil diese das deutsche Volk spaltet und zum Gaubium der Feinde schwächt. Ich will sammeln und nicht zerstreuen. Deshalb könnte ich von jetzt an die wüste antifemilische Agitation von den Abenden aus. Um mich aber künftig vor Störungen zu schützen, habe ich mich mit der Polizei in Verbindung gesetzt und von dieser die Erlaubnis erhalten, daß sie etwaige Versammlungsstörer künftig entfernen und gegebenenfalls auch bestrafen lassen wird.“

Wenn Herr Fajhauer „von jetzt an die wüste antifemilische Agitation“ auszuschalten verspricht, dann will das sagen, daß sie bisher in „seinen“ Versammlungen getrieben wurde. Ein Teil der Gäste will den alten Brauch beibehalten, darum der Konflikt, Spektakel, Marmierung der Polizei. Es muß im politischen Leben auch Spaß geben.

× 2006 Mark Belohnung! In der Nacht zum 28. d. M. wurden in Quersbürg zwei Pferde gestohlen: Fuchswallach, 10 Jahre alt, 1,77 Meter groß, kräftig, langer Schweif und Mähne; dunkler Fuchswallach, 8 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kurzer Schweif und Mähne, weiße Hinterfüße. Für die Ermittlung hat der Bestohlene obige Belohnung ausgesetzt.

× 300 Mark Belohnung! In der Nacht zum 28. d. M. ist im Offizierskasino am Alten Grabow ein heller Fuchswallach, 1,70 Meter groß, dunkler Schweif und Mähne, weiße Hinterfüße, gestohlen worden. Für die Wiederherbeschaffung erlattet der Bestohlene obige Belohnung. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 66, entgegen.

× Gestohlen wurden aus einer Wohnung im Neuen Weg ein schwarzer Hund mit Welle, zwei schwarze, ein grauer, ein braunlich brauner und ein blauer Fackelhund, eine schwarze und eine gestreifte Hölze, zwei Paar Herrenschuhe, ein graues Damenstiefchen, ein weißer Fackelhund mit Silberkette, ein kariertes Hauskleid, zwei Fuchswallachen, davon ein weißer, ein Fuchswallach, ein Fuchswallach, eine blaue Seidenjacke, eine weiße und eine graue Bluse, eine goldene Herrenuhrkette, auf dem Breiten Weg einem Herrn aus der Tasche eine goldene Remontoiruhr, in deren Dattel außen E. S. und innen R. Sp. 20. 10. 1913 eingraviert ist; von einem Lagerplatz an der Braunschweiger Straße ein Posten eiserne Ketten, Messer und Weller; aus einem Schaufenster in der Halberstädter Straße 22 Kiesel Wachsseife; aus einem Keller in der Welfenstraße mehrere Flaschen Wein und Büchsen eingelohtes Fleisch; aus einer Gartenparzelle an der Schönebecker Straße 13 verschiedenefarbige Tauben.

× Lebensmitteldieb und -hehler. Der Schmied Karl Köhler und der Arbeiter Ernst Klaus, beide aus Magdeburg, halten in einer Schifferkneipe in Erfahrung gebracht, daß ein hier auf der Durchfahrt befindlicher Kistenwagen mit dem Bestimmungsort Halle a. d. S. Schmalz geladen hatte. Sie erwarteten den Kasten vor der Schiffe bei Kalbe a. d. S., erstickten ihn des Nachts, lösten den Handkoffer, bedekten ihn unbemerkt von den Kassenführern mit 16 Fässern Schmalz und fuhren damit unter dem Schutze der Dunkelheit, nachdem sie einen Tag im Schilde des Saalehorns verbracht hatten, nach Magdeburg. Ein bereitgehaltener Kistenwagen brachte die 16 Fässer in eine Schandwirtschaft auf dem Kleinen Stadtmarsch, von wo aus der Betrieb des Schmalzes in Fässern und im Kleinverkauf vor sich ging. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, den Diebstahl voll aufzuklären und noch etwa 12½ Fäß Schmalz herbeizujagen. Der Dieb war bereits im Kleinhandel zu hohen Preisen verkauft.

× Kindesausforschung. Am 28. d. M. wurde im Hausflur des Säuglingsheims, Lismarktstraße 1, ein etwa 3 bis 4 Wochen altes kindmännliches Geschlecht aufgefunden. Es war bekleidet mit weißem Hemd, Bauchschürchen und braunwollenen Hosen. Eingehüllt war es in zwei blaue gestreifte Wickel und ein wollenes, gelbrot-schwarz gestreiftes Tuch. Angaben über die mutmaßliche Herkunft des Kindes erwidert die Kriminalpolizei, Zimmer 61.

Joh. Fr. Meyer
Architekturbureau, Bau- und Steinmetz-Geschäft
Lugaustr. 41. — Fernspr. 1510.

Am 1. Januar d. J. habe ich das von meinem Vater 1885 gegründete Geschäft übernommen und werde es unter derselben Firma und in der bisherigen Weise weiterführen.

Sch. empfehle mich zur Ausführung von Bauten aller Art, Hoch- und Tiefbau, Neubauten und Reparaturarbeiten und bitte um gütige Unterstützung, indem ich sachgemäß prompte Ausführung bei angemessener Preisstellung zusichere. K153

Joh. Ludwig Meyer,

Wolfs Buchverlag Hausbuch.
vollständige Auswahl deutscher Dichtungen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Mit künstlerischen Illustrationen. 34 Bände fast, gut in Leinen gebunden. Preis 9 Mark.
Buchhandlung Wolfsstimm, Gr. Mühlgr. 3.

Aufträge zur sofortigen Lieferung in
la. Brenntorf
gut trocken
la. Brennholz
offenartig geschichtet für Hausbrand
la. Brennholz
für Industrie und Wälder
übernimmt

Verkaufskontor der Gabrielzeche
Breitweg 223 (Telephon 608, 610, 659, 673.)

Verkäufer und Händler, Achtung!
Die höchsten Preise für Wild, Hasen, Kanin, Kanarienvogel, Hühner, Fische und Fleisch. Für Kanarienvogel bis 1100 Mark in Leinen bis zum größten Posten für meinen eigenen Bedarf.

C. Biela, Kürschner
Magdeburg, Gustav-Adolf-Str. 36,
Eingang Eiserne Str. 2 Treppen.
früher langjähriger erster Gehilfe der Firma W. Schan.
Telephon 6633.

Heißgetränk Sektöpfchen
(früher als alkoholfreier Sekt)
pro Liter 3.25 Mark exkl. Glas.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

G. Hafertorn Nachflg., Dreienbrunn, Straße 12 a.



Pohst Musikhaus
H. Hermann Nachf.
Friesenstr. 35, H.-Wilhelmstadt
Straßenbahnlinien 4 und 5
Apparate von 50 Mk. an

Neuere Sporttaschen, Walzer
Anerkannt billigste Preise
Sämtliche Ersatzteile u. Reparaturen
Alle Platten u. Bruch kaufte zu Höchstpreisen

Scherz-Artikel
Papier-Kopfbedeckungen
Konfetti — Luftschlangen
In größter Auswahl, gebe sämtliche Waren in Kommission.
Otto Krüger, Jakobstraße 8.

U. T. Lichtspiele U. T.
Dr. Storchstraße 7

Erstaufführung des grossen
Sensations-Detektiv-Films
PANOPTA

Heute bis Montag **1. Teil** Heute bis Montag

In den Klauen des Frauenräubers
5 spannende, aufregende Akte.
Nur für Erwachsene. Nur für Erwachsene.

Verfügen Sie nicht, Sie diesen hervorragenden Film anzusehen, denn in Kürze folgt
Panopta, 2. Teil.

Sonntag 2 1/2 bis 4 1/4 Uhr

Jugendvorstellung
Christoph Columbus
Die Entdeckung Amerikas

August Nedermann
Cochstedt
übernimmt zum
Umfarben
und Reinigen
Stoffe, Bekleidungs-
stücke aller Art
sämtl. u. in vorzüglicher
Ausführung für die
Dänische Elektr.
Gesellschaft
für Färberei u. Appretur
m. b. H.
Spezialität:
Militärstoffe, Zeit-
bahnstoffe, Decken,
Mäntel und Um-
formen. A144

Pianos
Hohe Preise für
reparaturbedürftige und
gut erhaltene, selbst
Klavier-Friedr. Golze
Altmarkt 12. 6897

Electr. Krone
4 Platten, preiswert zu ver-
kaufen. 6877 Michaelis,
Gohlfeststraße 34, 1.

Stanzarbeiten
für Pantoffel
werd. preiswert geliefert 6870
Goldschmiedebücke 3/4.

Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13
zahlt höhere Preise für
6891

Marderfelle
Iltisfelle
Fischotterfelle
Maulwurfsfelle
Fuchsfelle
Ziegenfelle
Kaninfelle
Hasenfelle
Kalbfelle
Schaffelle
Wand-, Katzenfelle

Alfred Limmer
Magdeburg
Schwertfegerstr. 13
Telephon 6628.
Geöffnet von 9 bis
5 Uhr.

Stadttheater
Sonntag den 1. Februar
Anfang 2 1/2 Uhr
6. Vorstellung im 10ten Zyklus
mit einleitendem Vortrag
Die Wildente.
Abends 7 Uhr
— Amrecht aufgehoben! —
Der Leuboldauer.
Ende gegen 10 Uhr.

Montag den 2. Februar
Sondervorstellung für den Ar-
beiter-Verein
Anfang 7 Uhr
Die Weber.
Ein Kartenverkauf findet an der
Theaterkasse nicht statt.

Dienstag
Der Barbier von Sevilla.
Die Theaterkasse ist Sonn-
tags und Montags telepho-
nisch nicht zu erreichen. 130

Wilhelm-Theater
Sonntag 3 1/2 Uhr
Zum unüberfüllten letztenmal
Hänsel und Gretel.
Abends 7 1/2 Uhr
Die schöne Sponin
(Nimm mich mit!).
Montag den 2. Februar
Ehrenabend Ernst Baum
um 10 Uhr.
Wo das Heidevögelchen blüht.

Dienstag
Die schöne Sponin
(Nimm mich mit!).
Mittwoch: Wiener Blut.
Donnerstag
Die schöne Sponin
(Nimm mich mit!).
Freitag: Ein Walzertraum.
Sonntag
Die schöne Sponin
(Nimm mich mit!).
Sonntag, 2. Februar, nachm.
keine Vorstellung.
7 1/2 Uhr: Wiener Wz.
Montag: Die tolle K. Sch.

Welt-Sonorama
Breitweg 66, L. 6899
Jamaika — Finnland

Ein sensationelles Ereignis für die gesamte Tanzwelt!

Müllers Tanzpalast
Apfelstraße 9 = Am Alten Markt

Sonntag den 1. Februar 1920, von 5 Uhr an
Große Ballschau
Clou der Saison! Clou der Saison!
Es tanzt
der weltberühmte Balletmeister und alibellebte Filmstar Herr
Hans Römer-Leonard mit seiner entzückenden Partnerin die
neusten Tänze, u. a. die großen Modeschlager Foxtrott, Jazz
(nicht Bühne), sondern auf dem Parkett.
— Auftreten im Hofballkostüm (hierzu allein berechtigt). —
Das Weltmeisterschaftspaar wird sich auch mit den anwesenden
Herrschaffen an den andern Tänzen beteiligen.

Montag den 2. Februar 1920, ab 7 Uhr abends
Vornehmer Gesellschafts-Abend
Ein Abend im Reiche der Tänze
Wie man tanzen soll und muß, mit Perfektions-Unterricht moderner
Tänze unter persönlicher Leitung des
Ballettmeisters Herrn Hans Römer-Leonard
Weltmeister der Tanzkunst
Maxix-Brexillieux, Twostep, La Furlana, Onestep,
Altwiener Walzer, Tango, Raptime, Neuwiener Walzer,
Foxtrott, Jazz, original-franz. Apachentanz.
Zu diesen hochvornehmen Ausführungen laden ergebenst ein
Ballettmeister H. Römer-Leonard
Sieger der gr. internat. Berlins-Tanzturniere Paris, London, Berth
Fritz Müller. 233

Walhalla-Lichtspiele
Ab Freitag den 30. Januar 1920
Karneval
der
Toten
großes spannendes Filmdrama in 6 Akten
Heiraten mußte!
Du lachst dich kaputt
schonender Schwank in 3 Akten
Spielzeit: Wochentags 6-11 Uhr,
Sonntags 3-11 Uhr.

**Fürstenhof-
= Otele =**
Feb-uar 1920
abends 8 Uhr:
Fritz Berger
der berühmte
Meister-Chansonnier.
Hanna Fritzel
Rudi Horky
Minna Reverelly
Hans Schnitzer
der vortreffliche Plauderer.
Duo! 110
Berger-Reverelly
Willi Rosen
der ausgezeichnete
Musiker im Flügel
Hermann Alexander
Kapelle Kurucz
Säul. 4-Uhr-See

Mephanhallen
Direktion Rich. Frohocz
Erstklassige Varietè-
Vorstellungen
sowie Aufführung von nur
235 einwandfreien
Volksstücken.

Bürgerhof
Nikolaiplatz. 6804
Sonntag von 4 Uhr an
Gr. Ball.

**Viktoria-Theater-
Restaurant**
Berder, Mittelstraße.
Heute Sonntag
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. 253

L. Neue Neustädter 6890
Tauben-Flug- und Zuchtklub
Am 7. und 8. Februar
Gr. Lokalschau
im Restaurant Gemütskranz,
Schmiedstraße 52.

**Walhalla-
Theater**
Parterre-Saal.

Gustav Klack.
Heute Sonntag, nach-
mittags 3 Uhr:
Büßer Buben Besserung
Märchen in 5 Akten.
Gottf. von Mar u. Moritz
Abends 7 1/2 Uhr:
Die zweite Frau
Lebensbild.
Neuheidelberg
Gulst. 6.
Waisenkind
6888 Lebensbild.
Der Piffolo vom
Zentralhotel
Poffe mit Gesang.
Hauptrollen:
Luise John und Gustav Klack.

Südrestaurant Zeitziger
Str. 39
Sonntag, 1. Febr., vorn. 11 Uhr,
nachm. 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr
Gr. Kränzchen

Fürstenhof-Brumffaal.
heute Sonntag 7 Uhr Beginn der spannenden
Nadrennen auf der Bühne
mit Danke, Salow, Fröhner,
Bring, Häusler, Wilschütz.

Dazu der sen-
sationelle Varietè-Aufführungsplan
Minna Reverelly
Kunstgötterin.
Rolf Hansen
der moderne Hegenmeister.
Leo Morgenstern
der unvergleichliche Komiker in seiner unvergleich-
schillernden Eigen. „Auf dem Kasernenhof.“
4 Arconis
demokratische Schmeckerei-Artisten.
Parady-Truppe
Tanz- und Gesangs-Ensemble
George de Brun-Erio
sensationaler Bühnen-Flügel.
Fritz Steidl
der bekannte und beliebte Humorist.
Geschwister Christians
Travestiekünstlerinnen. 118
4 Heffens, die berühmten Artisten.
Montag und folgende Tage:
Nadrennen auf der Bühne.
Es werden allabendlich mehrere Rennen ausgetragen.
Ferner die glänzenden Spezialitäten.

Fürstenhof-Tunnel
Eingänge Viktorienstraße u. Prälantenstraße
Täglich
Großes Konzert
verbunden mit Auftreten von
Fritz Steidl
und
Liesl und Franzl Gessinger
118
Wochentags 8 Uhr Eintritt frei.

Artushof Telephon
1885
Reiche Küche
Postgasthof Maria der Brauerei Kodenstein Akt.-Ges.
sowie Ledererbräu, Hahnbürg.
E. Schürmer.

Volks-Sing-Akademie
Mittwoch den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr,
im „Hofjäger“
Musikalischer Vortragsabend
Mitwirkende:
Opernsängerin Paula v. Florentin-Weber
Direktor Heinrich Vogeler
Opernsänger Albrecht v. Ullmann
Fritz Müller-Brück
Kapellmeister Albert Mattausch
Karten à 1.50 bei Heinrichshofen und an
der Abendkasse. 342

Part-Lichtspiele
(früher Lustenhaus)
Waldenstraße, Eing. Spielgarten-
straße und Schrotestraße

heute bis einschließlich Sonntag
Die Erbin des Grafen
von Monte Christo
Ein romantisch. Schauspiel in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von
Alexandre Dumas. Hauptrollen: Eva Maria.
Regie: Friedrich Zeinit.

Seine Ferienbraut
Lustspiel in 2 Akten.
Hauptrolle: Karl Beyermann.
Wochentags 6-10 Uhr, Sonntag 3-10 Uhr.

Admirals-Palast
heute Sonntag
Groß-Gesellschaftsball.
Doppelorchester. 6799
Voranzeige.
Freitag, 13. Februar: Gr. Mediate.

Lichtspiele

Kammer-Lichtspiele

Der große Monumentalfilm

Monika Vogelsang
Drama in 6 Akten. — In den Hauptrollen

Henny Porten
Paul Hartmann Ernst Vontsch
W. Drogmann Gustav Bots
Regie Rudolf Blohron
Bisher der größte, beste und bedeutendste
Sensitiv-Porten-Film.

Ein Sommernachtstraum
luffige Schattenspiele
verfaßt u. eingerichtet v. Ludwig von Witt.

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
Gr. Frühvorstellung.

Spielzeit: Wochentags 8-10.45 Uhr
Sonntags u. Feiertags 2-10.45 Uhr

Colosseum

Zigeunerblut
ein abenteuerliches
Blindendrama in 4 Akten.
Schauspielführer:
Grete Lundt.

Lo, die Kokette
reizendes Lustspiel in
3 Akten mit
Hedy Ury.
Regie:
William Karlof.

Tombild-Theater

Die Schuld des Vaters
ein dramatisches Drama
in 4 Akten mit Alice
Rayna, Eugen Törzs.

Die Braut des Entmündigten
stilles Lustspiel in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Eva May
Hermann Thimig.
Regie: Erik Lundt.

Weißer Wand

Indische Nächte
gewaltige Tragödie in
5 Akten
Ein Monumentalfilm
mit
Iven Andersen
in der Hauptrolle.

Die blinde Nenne
stilles Lustspiel
in 2 Akten.

Lichtspielhaus Panorama

Künstlerliebe

ein Spiel von Lieb und Leid
in 3 Akten. — In der Hauptrolle

Iven Andersen.

Prägnanter Inhalt — Vorzügliche
Darstellung — Reiche Ausstattung

Verflixte Mädchen
Stimmungsstück in 3 Akten

mit **Rolf Wiedemann.**

Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

CIRCUS BUSCH

Gastspiel im Circus Blumenfeld

Heute Sonntag:

Vorstellungen

nachmittags 3 Uhr,
abends 7 Uhr.

In beiden Vorstellungen:

Der Spielplan der Sensationen!

Todesprung Gadhins, Kopfläufer
Albas, Fakir Rabinranath, Ober-
lette Wagner, spanische Tänze,
Sevilla, insgesamt

18 Attraktionen 18

Vorverkauf: C. Jacobs und an
der Circuskasse.

Zentraltheater
Beste Sonntags-
Vorstellungen
3 Uhr nachmittags u.
7 Uhr abends
Die Faschingsfee
Donnerstag, 5. Febr.
Erstaufführung
Die Gelsha
Heute 11 Uhr vorm.
Liliputaner-Gastspiel
**Sneewittchen und die
sieben Zwerge**
mit wirklichen Zwergen.

**Zentraltheater-
Restaurant**
Heute Sonntag
nachmittags 4 Uhr
und abends 8 Uhr
Gr. Konzerte
aufgeführt vom
Orchester des
Zentraltheaters.
Abends:
Auftreten von
Käthe Schmalen
und
Otto Spielmann
vom Zentraltheater.
1. Getränke aller Art
Reichhalt. Speisekarte
in: Köstliche Preise

Friedrichslust
Leipziger Straße 82.
Jeden Sonntag
Gr. Gesellschaftsball
Doppelorchester
Gegebenst ladet ein
246 Albert Naumann.

Müllers Askania
Böttcherstraße.
Telephon 625.
Heute Sonntag
nachmittags 3 Uhr
Gr. Gesellschaftsball
Neue Musik, Gottes Orchester.
242 R. Müller.

Thalia, Buckau.
Heute Sonntag
Gr. Gesellschaftsball.
Gegebenst ladet ein
245 J. Westphal.

Marktschlöbchen
Neustadt, Abendstraße Nr. 4.
Heute Sonntag
Gr. Gesellschaftsball.
248 O. Schaub.

Tanzunterricht
Walzer, Rheinländer, Gesell-
schafts- und moderne Tänze
Kursus 15.00 Mark
Tanzinstitut Buckau
Admiralplatz, 6870

Neu beginnen
W. Kiels
TANZ-
Kurse für Reed- und
Gesellschafts- sowie
für moderne Tänze.
Übungssaal „Belvedere“
Fürstenwall 6874
Beginn Mitte Februar.
Anmeldezeit 11 bis 1 und
3 bis 7, Sonntags 11 bis 1,
Dienstag und Freitag ab
5 Uhr im Lokal.
W. Kiel, Tanzlehrer
Königsstraße 19, 1 Tr.

Elbgarten • Cracau
Heute Sonntag
Gr. Gesellschaftsball
Doppelorchester
248 Anfang 3 1/2 Uhr.

**Gesellschaftshaus
Hopfengarten**
Heute Sonntag
Gr. Rappenfest

Burg.
Heute Sonntag
TANZ:
Hohenzollernpark
Konzerthaus 23
Kronprinz
Stadt Magdeburg
Schützenhaus
Wilhelmsgarten
Zentralhalle.

Herrenkrug!
im Café-Saal angenehmer Familienaufenthalt
Heute ab 5 1/2 Uhr im neuen Saal
Gr. Strelchkonzert
Im alten Saal 221
• Tanzkränzchen •

Karneval in Nizza
am Mittwoch, 4. Februar, 5 1/2 Uhr nachm.
in sämtlichen Räumen der
Probst-Gaststätten
223 Magdeburg, Berliner Straße 20/21
zum Besten der heimkehrenden notleidenden
Kriegsgefangenen Magdeburgs
unter gütiger Mitwirkung der
erst. Künstlerinnen u. Künstler
d. Magdeburger Stadttheaters
Einzigart. Blumendekoration
der Firma Wilhelm Funke (Magdeburg).
Größe Tombola unter Aufsicht u. Leitung
des Herrn Heinrich Vogeler,
Direktor des Magdeburger Stadttheaters.
Eintrittskarten zu Mk. 25.00 nur im Vorverkauf
Brettelweg 163 (Verkehrsbureau
des Verkehrsvereins).
Garderobe: Gesellschafts-toilette oder Kostüm.
Das gesamte Eintrittsgeld ohne Abzug sowie der
Uberschuß der Tombola werden dem Magistrat
der Stadt Magdeburg zur Verfügung gestellt.

NEUE WELT
Heute Sonntag 6859
Grosser Gesellschaftsball
Soldestes Orchester. — Anfang 3 1/2 Uhr.
— Empfehlung meine gut geheizten Kaffee-Räume. —
245 Ab Stadt Loburg Omnibus-Verbindung.

**Jonas Kühnes
Wein-Probierstuben**
Bassefischstraße 10 231
Im altheimischen Stil einfach u. gemütlich hergerichtet
Zum Ausschank kommen
Rot- u. Weißweine in Schoppen :: Flaschenweine
Süßweine in Gläsern :: Diverso Liköre
Deutsche u. franz. Cognaks :: Grog in Gläsern usw.
Alles in guten Qualitäten zu soliden Preisen.

Nachtfalter
Erstkl. Künstler-Konzert
in neuem renovierten Saal
jeden Dienstag, Freitag und Sonntag.
Sonntags von 11 bis 1 Uhr 226
Frühkonzert.
Angenehmer Aufenthalt für Familien.
Prima Küche und Keller. :: Gute Bedienung.

Neust. Schützenhaus
neben Vogelgesang.
Heute Sonntag
TANZ
Neueste Tänze. 250
Tabellelose Musik.

Wintergarten
Heute Sonntag
von 4 Uhr nachm. an
Gesellschafts-Ball.

Hohenzollernpark
Heute Sonntag
von 4 Uhr nachm. an
Gesellschafts-Ball.

Raucht Bonitas!

**Friedrichs
Festsäle.**
im großen Saale
Jeden Sonntag von
3 Uhr ab
Gr. Gesellschaftsball.
Im Café-Saal
von 4 Uhr an 241
Intimes Tanzkränzchen

Mit-Reichstanzler
Inhaber: Gustav Möring
Börschhofstraße 12.
Angenehmes Familienlokal.
H. Wulken u. Getränke.
Spezialität: H. Wulkenkaffee
Gute Unterhaltungsmusik.

Schüttes Gasthaus
Sonntabend, Sonn- u. Mittwoch
Preis-Stat.
Stadt Hamburg
Verteilung 28. 6858
Heute Sonntag u. Sonntag
vorm. 10 Uhr, 4 u. 8 Uhr nachm.
Gr. Preis-Stat.

Stadt Loburg.
Heute Sonntag
von 3 1/2 Uhr an 241
Gr. Gesellschaftsball.
In meinem gut geheizten
Café an der Herrnhutstraße
Künstler-Konzert
Eintritt frei. Eintritt frei.

Stadt Loburg
Reine
Regelbahnen
find noch an einigen Abenden
frei.

Wegeners
Gesellschaftshaus 6859
Kleiner Stadtmusik 7c.
Heute solist. jeden Sonntag
Gr. Gesellschaftsball.
Anfang 3 Uhr. Voll Orchester.

Wintergarten
Heute Sonntag
von 4 Uhr nachm. an
Gesellschafts-Ball.

Hohenzollernpark
Heute Sonntag
von 4 Uhr nachm. an
Gesellschafts-Ball.

Hohenzollernpark
Heute Sonntag
von 4 Uhr nachm. an
Gesellschafts-Ball.

Städtisches Orchester
Leitung: Städt. Kapellmeister Dr. Walter Rabl.
Zentraltheater.
Mittwoch den 4. Februar 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr
3. Sinfonie-Konzert, Abt. B
Solistin: Kammer Sängerin Maria Ivogün
vom Nationaltheater in München.
Reinhold: Ouvertüre Donna Diana.
R. Strauß: Arle der Zerkirchli aus „Ariadne auf Naxos“.
R. Strauß: Tod und Verklärung.
Huber: Sinfonie Nr. 2, 2-Moll.
R. Strauß: Lieder am Klavier: Mutterlindchen — Ich magst
bleibst nicht dabei — Ich will ein Stübchen
binden — Skizze, liebe Myrte — Amor.

Öffentl. Hauptprobe — Stadttheater
am Konzerttage vormittags 11 Uhr.
Eintrittskarten bei Holtrichshofen und aus Kommissar
an der Theaterkasse.

Kleinkunstbühne Hohenzollern
Ab 1. Februar 1920 täglich 8 Uhr
das nie in derartiger Vorzüglichkeit
gebotene Februar-Programm
Das Februar-Programm reißt sich wahrlich in den
Rahmen der gegebenen Hohenzollern-Räumlichkeit ein.

1. **Fredy Rembrand**
Der Fürst der Boheme, der König der Vortragsmeister
2. **E. u. W. Michrich** | 3. **Lotte Held**
Gesang- und Soubrette | Vortragsoberflüsterin
4. **Serta Feldt**
Die bekannte Operettensängerin, ehemals am
Zentraltheater in Magdeburg
5. **Lucia Ravello** | 6. **Richard Berger**
Solo-Operettensängerin | Der berühmte Tenor
7. **Albe Gold und Partner**
In ihren aufsehenerregenden Tugen
Koncert-Ensemble. | Kapellmeister Gustav...

Im Café und Weinrestaurant
täglich große Konzerte
der Kapelle Heise.
Voranzeige!
Konsertmontag, den 16. Februar 1920, 7 1/2
in sämtlichen oberen Räumen
Großes Kostümfest.
Parten schon jetzt. — Tischbestellungen rechtzeitig.

Müllers Weindiele
Kabarett • Bar
Abend 8 Uhr
4-Uhr-Künstler-See
Aufsetzen sämtlicher Künstler.

Das glänz. Februar-Programm!
Claire Feldern August Froh
und ein Fügler | lyrischer Tenor
Wili Ottmar und Partner
humoristische Gauderparodisten
Marga Cälin
Soubrette und Operettensängerin
Karl Prelle
mit seinem sprechenden Hunde
Margarete und Luise Duwe
2 Soubretten
? ? ?
Chansonten und Ansager
Täglich 4 Uhr: **Motta-Kränzchen**
mit Künstlerkonzert Studi Bach.

Hofjäger
Heute Sonntag
Gr. Gesellschaftsball.
254 — Anfang 4 Uhr. —
**Kapelle des Reichswehr-
Pionier-Bataillons Nr. 4.**

Jankes Weinklause
Brettelweg 130/31, Ecke Bandstraße.
Weine bester Marken, billigste Preise.
H. Kaffee, Mokka mit feinem Gebäck. 236

Friedrichslust.
Mittwoch den 4. Februar,
abends 8 Uhr
Redoute
246 Albert Naumann.

Friedrichs Festsäle
Montag, 2. Februar,
abends 8 Uhr 23
Redoute.
Vorverkauf im Lokal.

Wilhelmspark
Herr Otto Höpner. — — Straßenseite 6824.
Großer Gesellschaftsball.
— Doppelorchester. —
248 Musik. 6855 Streichmusik.
Voranzeige! 17. Februar: Voranzeige!
Großer Faschingsball.

Bekanntmachung.

Der Magistrat hat auf Grund der Anordnung des Ministers für Volkswirtschaft betreffend Einführung einer Steuer für Viehbesitzerungen vom 9. Dezember 1919, § 1, 2, die Beschlüsse mit den Vorschriften des Viehbesitzersteuergesetzes vom 1. Januar 1920, § 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: 1. § 1 Absatz folgende Fassung: ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg. Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. ... Sonntag den 1. Februar, vorm. 10 Uhr, im Restaurant Monopol, Wilhelmstraße ...

Rechtsanwalt Willi Lange. Ich bin als Rechtsanwalt bei dem Land- und Amtsgericht in Magdeburg zugelassen. Magdeburg, den 31. Januar 1920.

Bekanntmachung.

Lebensmittelverteilung. Auf Kartoffelbesitz für Januar/Februar 1920 können in der Woche vom 2. Februar bis 8. Februar auf Marke 4 ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Spargel Chr. Striebing, Magdeburg. Die Beschaffung und Anlage von Hypothekengeldern ...

Zöpfe Rauschenberg & Mürtens. Unterlagen alle Haar-Ersatzteile am Lager. Anterfertigung und Aufarbeiten auch vom ausgekämmten Haar ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Kautabak Die Beschaffung und Anlage von Hypothekengeldern ...

Schlafzimmer-Einrichtungen Wohn- und Speisestuben, moderne Küchen, Garderoben ...

Preisgekröntes Lehrbuch d. Landwirtschaft von H. Scholl 597 Seiten mit 850 Abbildungen ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Parkettbohle extra gute Qualität, unter vorzüglichen Umständen ...

Stung! Pantoffelhändler decken ihren Bedarf Goldschmiedarbeiten 3/4 ...

Militär-Bluse, -Hose (schwarz) verkauft 687 1/2 ...

Quecksilber für alle Zwecke ...

Gold und Silber habe Willy Wandl, Gehalts ...

Schneidemaschinen in allen Größen ...

Sie sparen Zeit und Geld bei der Beschaffung aller Art ...

Leihhaus Gubenburger ...

Posttasche ...

Bauschutz kann angeschlossen werden ...

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft ...

Prima Bremer ...

Sertel und Bülle ...

Vegetarisches Speisehaus Fröhbrodt ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Bekanntmachung.

Veränderung der Verordnung über Rufe. Die Verordnung über Rufe vom 6. November 1918 ist wie folgt geändert: ...

Ernst Dencke ...

Prima Altmärk. Ferkel ...

Prima Altmärk. Ferkel ...

Prima Altmärk. Ferkel ...

Prima Altmärk. Ferkel ...

Prima Altmärk. Ferkel ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Speisefest ...

Privatcharinnen und Heimarbeiterinnen

Magdeburg! Am Donnerstag den 5. Februar, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Drei Raben“ ...

Der Kampf gegen

frühes Altern, Arterienverkalkung, Schlaganfälle ...

Möbel-Haus

bestehend aus 1 Klubsofa, 2 Klubsesseln, auch einzeln ...

A. Friedländer

Magdeburg Alte Ulrichstraße 11

Zierfische

und Wasserpflanzen empfiehlt in großer Auswahl ...

Karl Zeller

Pestalozzistr. 33. Fernruf 6843

Arbeitsmarkt

Für die Oeffen d. J. zu eröffnenden Säubischen ...

Rindergärtnerinnen

gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnis ...

Handschuhmacher-Lehrling

Sauberes junges Mädchen das auch im Nähen ...

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27.

Magdeburg, Sonntag den 1. Februar 1920.

31. Jahrgang.

Preussische Landesversammlung.

108. Sitzung.

Berlin, 30. Januar, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung standen zunächst kleine Anfragen.

Die Anfrage des Abg. Schallig (Soz.) über Ausschreitungen der Gewerkschaften in Pommern erklärt ein Regierungsvertreter, daß in der Sache noch ein Strafverfahren laufe. Die Arbeiter seien stark beengt im Fort umherzuwandern. In den Gewalttaten droht und einen Mann der Gewerkschaften einzuweisen. Ein Antrag sei nicht gegeben, gegen die Gewerkschaften einzuschreiten. — Auf Anfrage Mühlhaff (Soz.) teilte ein Regierungsvertreter mit, daß das Reichsministerium erklärt habe, es werde keine militärischen Bedrohungen zur Ausfuhr ins Ausland abgegeben werden.

Hierauf wird die Beratung der förmlichen Anfragen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

und der lebenswichtigen Betriebe, über die Wiedereröffnung geschlossener Gewerkschaften und den Antrag der Unabhängigen um Aufhebung der Besatzungsmaßnahmen fortgesetzt.

Abg. Pelt (Unabh. Soz.): Meines geprüfte Rede war eine Programmrede, aber auch eine Prognose. Nun sind alle Mittel recht, um Gewerkschaften gegen meine Partei zu begründen. Wie es demnach nicht gelang, die Arbeiterkraft niederzubringen, indem er die Arbeiter und Arbeiter zur Verdächtigung der Sozialdemokratie heranzog, ebensowenig wird das auch Bauer und seine Kollegen. Über die Vorgänge vom 13. Januar hat Herr Heine, der freilich Mitläufer wie er werden wird, Lügen vorgebracht. Präsident Leinert rief den Redner zur Ordnung. Am 13. Januar haben nur proletische Massen demonstriert, sie sind auch nicht bewaffnet gewesen.

Der erste Schuß des Matrosen

ist tatsächlich gefallen. Diesem Mann ist aber der Karabiner abgenommen worden und Funktionen beibehalten, daß er verurteilt wurde. Die Angriffe auf die Sicherheitsleute werden von uns auf schärfste mißbilligt. Wir haben kein Interesse an Putzungen. Ein Augenzeuge sagte mir: Es ist fortgesetzt auf die Liebesgeheimnisse. Redner beruft sich auf Zeugnisse der Auslandspresse, besonders der „Humanität“, wonach die Regierung die Schuld der Vorgänge am 13. Januar trage. Um die Zivilmilitäre kümmern sich die Militärbehörden der Reichswehr. Wenn diese bei seinem Grundgesetz bleibt, die Presse als verpöhlte Waffe zu zerbrechen, so dürfte es bald keine Zeitung mehr geben. Aber es geht nur gegen unsere Presse. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“, die im besetzten Gebiet erscheint, hat man nicht verbieten können, da hat man wenigstens den Abonnementen im besetzten Gebiet verboten, sie zu lesen. (Hört, hört!) bei den Unabh. Soz.) Diese Verbote sind ein ganz niedriger Konkurrenzmanöver der Regierungsgesellschaften gegen unsere Partei. Es ist ein Verbrechen am ganzen Volk, daß die Vergewaltigung immer in den Händen der Kapitalisten sind. Ihr (zu den Wehrheitssozialisten) kann das Wort wohl tönen, Ihr tönt aber nicht den Geist! (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.)

Minister des Innern Heine:

Bei einer Politik wie der, die uns soeben einige Stunden vorgetragen worden ist, ist es sehr viel schwerer, das Wort zu tönen, denn dieses Wort redet immer weiter, als den Geist, der gar nicht da ist. (Weiterer.) Ich bleibe dabei, daß an fünf Stellen des Artikels im „Volk-Anzeiger“ der Matrosen gegen Erzberger als eine sympathische Persönlichkeit mit edler Gesinnung geschildert wird. Ich möchte nicht, daß gegen den jungen Menschen etwa eine solche Besetzung wäre, das würde ich auch beurteilen. (Abg. Hoffmann: Schandred nach links, Verbeugung nach rechts.) Aber in solchen Momenten führen solche Schilderungen dazu, daß politisch angelegte junge Leute sich sagen, sie könnten ebenso berührt werden wie Graf Kros und Hirschfeld. Ich habe nicht leidend gesprochen, wenn ich gestern sagte, daß auch die Parteien der Kammer

ihre Presse im Blase hatten sollen. Wenn es wahr ist, daß ein Leutnant in einer Erzberger-Gruppe des deutschnationalen Jugendbundes das Attentat gegen Erzberger begrüßt und zu weiteren Gewalttaten aufgefordert haben soll, so hätte derjenige, der dies erfahren hat, sich an den Reichspräsidenten oder an mich wenden sollen. Wenn erst eine Behauptung ohne Namen und Ort erschienen ist, dann wird der Erfolg der Ermittlungen sehr in Frage gestellt. Es kennzeichnet die unabhängige Agitationsmethode, wenn Herr Leib

das Attentat gegen Haase mit dem gegen Erzberger auf eine Stufe stellt. Der junge Mensch, der auf Erzberger geschossen hat, leugnet nicht, daß er politisch verkehrt worden ist, und das mildert seine Schuld. Beim Attentat auf Haase stand aber fest, daß der Täter seine politischen Motive hatte. Es liegt mir fern, die Presse auszurollen zu wollen, das Verbot soll nur ein Schutzmittel der Selbstverteidigung, aber nicht ein Strafmittel sein. Wenn man ein Verbot nur auf Monate ausspricht. . . (Großer Lärm b. d. Unabh. Soz. und Aufse: Monate hat er gesagt! Schämten Sie sich!) Das Sozialistengesetz war gewiß ein schändliches Gesetz, aber niemals hat eine sozialistische Waffe versucht, das Parlament zu stürzen. Das vergessen diejenigen, die auch in der bürgerlichen Presse die Besatzungsverbote verurteilen. Es handelt sich bei dem Verbot

um ein Notwehrmittel,

eine vergiftete Waffe muß unschädlich gemacht werden. Darum ist es auch zweckmäßig, daß die Mütter dieser Mütter befreit und beaufsichtigt werden, ebenso wie man die Schlemmerlokale ausgeräumt hat, um ihren weiteren Betrieb zu verhindern. (Abg. Heine rief: Das ist eine Unverschämtheit, wir sind keine Schieber! Abg. Heine rief: Wir sind keine Schieber!) Wenn Herr Leib und seine Freunde von Hamburg im besetzten Gebiet wären, so wäre uns wohl und ihnen übel. (Weiterer.) Im besetzten Gebiet werden unabhängige Blätter von den Geldern der Franzosen gegründet.

Diese Worte werden von den Unabhängigen mit lärmenden Pfuirufen beantwortet. Wiederholt erklären die Aufse: Schamloser Lügner. Vizepräsident Dr. Frenzel rief den Abg. Kaufant zur Ordnung, worauf Abg. Hoffmann erklärte, er habe das gerufen und halte es aufrecht. Er verlange Beweise. Dem Minister gelangt es nicht sich verständlich zu machen, da von den Unabhängigen fortgesetzt gerufen wird: Schamloser Lügner! Frenzel rief die Rede für Ihre schändlichen Verleumdungen. Vizepräsident Dr. Frenzel läutet andauernd mit der Glocke.

Minister Heine: Erlauben Sie sich bei den wirklichen Sozialdemokraten, die im Rheinland die schmerzhafteste Aufgabe haben, das Deutschtum zu verteidigen.

Abg. Adolf Hoffmann: Sie sollen Ihre schändlichen Lügen beweisen, Sie wollen wohl freilich Vizepräsident Dr. Frenzel bitten, den Minister weiterreden zu lassen. Die Unabhängigen machen großen Lärm und rufen fortgesetzt: Wir warten nach auf die Beweise! Im Saal entsteht ein großer Tumult. Die Abgeordneten der Unabhängigen und der Sozialdemokraten stehen dichtgedrängt an der Treppe und reden laut und heftig aufeinander ein. Nach minutenlangem Lärm nehmen die Abgeordneten ihre Plätze wieder ein und der Minister kann seine Rede fortsetzen.

Minister Heine: Der Zusammenhang der Unabhängigen Partei mit denen, die im Ausland gegen Deutschland heben und schüren, ist ja heute weder durch die Rede des Herrn Leib besprochen worden. (Großer Lärm. Die Unabhängigen loben.) Ein Zentrumsabgeordneter rief: Kinder, seid doch nett! Herr Leib hat heute aus der „Humanität“ zitiert, wolle sei der Schlichter von Berlin. (Abg. Adolf Hoffmann rief unaufrichtig: Beweise! Zurücknehmen oder beweisen! Minutenlang Lärm.) Sie werden das Ihrige zu hören kriegen, Herr Hoffmann. (Aufse rechts: Der gehört nach Daldorf!) Die Angriffe werden von diesen Herren in die ausländischen Blätter lanciert und dann zitieren sie diese Blätter. Abg. Adolf Hoffmann: Beweise! In welcher Weise die Unabhängigen dieses Haus durch falsche Mittelungen hinter sich führen.

Wiederum entsteht großer Lärm. Die Unabhängigen rufen: Wollen Sie nicht endlich Ihre Verleumdung zurücknehmen oder beweisen? Lügner! Verleumdung! Der Minister verläßt seinen Platz am Regierungstisch und geht zum Rednerpult, um in dem allgemeinen Lärm den Stenographen seine Rede zu diktiert. Als die Unabhängigen sich der Treppe nähern, bilden die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Ring um die Minister. Der Tumult wird so groß, daß Vizepräsident Dr. Frenzel ihm auch durch fortwährendes Schreien der Glocke nicht mehr steuern kann und um 3½ Uhr die Verhandlungen auf 4 Uhr verlagert.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bemerkt Präsi. Leinert: Die Notwendigkeit der Unterbrechung der Sitzung ist ein Beweis der Unfähigkeit der Redefreiheit, wie sie hier noch nicht vorgekommen ist. Jeder Abgeordnete hat die Verpflichtung, seine eigene und die Redefreiheit anderer zu achten und durchzusetzen. Das Wort hat der Minister des Innern.

Minister des Innern Heine: Ich bin bereit, den Wünschen der Herren auf der äußersten Linken zu entsprechen an Sachliche meiner Rede. Von der Rechtenfolge, die ich hier für meinen Gedankengang zurechtgelegt habe, werde ich mich nicht abbringen lassen. Es ist kein Wort davon wahr, daß sich bereits am 12. Januar

ein Regierungsdirektorium gebildet hat, das mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet war. (Weiterer Lärm.)

Abg. Adolf Hoffmann rief auf und unterbrach ein Minister. Seine Worte gehen bei dem Entschlossenheit der Redner unter, Präsi. Leinert schwingt unruhig die Glocke und vermag Ruhe zu bringen. Minister Heine: Ich danke dem Herrn Leib für die mir gewährte Redefreiheit und werde zu antworten, wie ich es mir vorgenommen habe. (Anhaltendes Lärm von den Unabh. Soz.)

Präsi. Leinert: Sie haben gar kein zu tun, sondern zu antworten. (Anhaltendes Lärm der Unabh. Soz.) Sie sind nicht fertig! Wenn Sie wenigstens den Augenblick ruhig, in dem ich Ihnen im Interesse der Ordnung etwas sagen will. Sie haben kein Recht, von einem Redner zu verlangen, daß er das zuerst sagt, was Sie zu hören wünschen. Das ist eine Unterbrechung der Redefreiheit. (Lebhafter Beifall b. d. Wehrheit.) Sie haben ja auch gehört, daß der Minister am Schluß seiner Rede auf Ihre Blätter zurückkommen wird. Gehen Sie doch nicht als Abgeordnete und bewachen Sie Ruhe. (Abg. Adolf Hoffmann: Er hat keine Beweise anzuführen, was soll er eigentlich beweisen bringen.)

Minister des Innern Heine: Wenn jetzt zur Partei tritt und zur Feststellung der Arbeit aufhört, dann die letzte Regierungsgesellschaft werde, egal was danach kommt, dann ist das ein politisches Verbrechen. (Lebhafter Beifall. Anhaltender Lärm der Unabh. Soz., die fortgesetzt rufen: Lärm!) — (Weiterer.) Ich richte den Appell an die Redner, sich von dieser Führung loszusagen. Wenn die Elemente fertig sind, müßte neuer Streit, nicht zu den ihr zu gehörenden Abstammungen kommt, dann wird sie sich die Kosten holen.

Daran sind die scharf, die es so weit gebracht haben. Die von dem unabhängigen Parteisekretär Emig geründete „Alteutsche Republik“ wurde in der ersten Nummer ganz in unabhängigen Sinne geschrieben. Dann kam der Redakteur Baumann nach Berlin und verfuhr von der Regierung einige Millionen für das Wort zu erhalten dann habe, ich will mal so sagen, eine Act Spindelorgan für die Regierung gemacht werden. (Weiterer.) Wir haben dieses Amt nicht gleich beim ersten Schritt abgewehlt. (Lebhafter Beifall.) Zwischen sind der Zeitung große Summen zugesprochen, die zweites aus französischen Propagandafonds entnommen wurden. (Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Zweifellos!) Herr Hoffmann, Sie haben die Gelder doch wahrscheinlich nicht von dem Ministergehalt, von damals bezahlt. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen. Großer Lärm von den Unabh. Soz. und Aufse: Wo bleiben die Beweise?) Goldmünzen arbeitet die „Alteutsche Republik“ gegen die Wehrheitssozialisten und gegen die Regierung. Welche Beziehungen zwischen den Unabhängigen und den Wehrheitssozialisten bestehen auch an anderen Stellen. Lassen Sie sich nur von Ihren Männer Parteigenossen das Protokoll über die Verhandlungen der heutigen Gruppe der

Unabhängigen mit den englischen Besatzungsbehörden kommen. Darin ist niedergelegt, daß die Unabhängigen sich bereit erklärt haben, im Tempel Frankreich am Pan der Rheinischen Republik mitzuwirken. Nach den Worten von Vertrauensleuten und solche Beziehungen der Unabhängigen zu den früheren Wehrern auch in der West und an anderen Orten nachgewiesen worden. (Zuruf: Nameh nenn!) Ich werde mich hüten, die Vertrauensleute zu nennen, ich will sie und ihre Familien nicht der Gefahr aussetzen, daß die Unabhängigen sie bei den Dispositionsbefehlen denazifizieren. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß unabhängige Journalisten ins Ausland reisen und Schandartikel gegen uns schreiben. Wir wissen vor allen Dingen, daß wir nicht so tief gesunken wären, wenn die Unabhängigen nicht vom ersten Tag an erklärt hätten, Deutschland müsse gestraft werden. (Großer Lärm bei den Unabh. Soz. und Aufse: Schamloser Verleumdung!)

Präsident Leinert: Herr Abg. Adolf Hoffmann und Herr Abg. Dr. Rosenfeld, Sie machen außerdem beleidigende Zwischenrufe. Diese Beleidigungen gegen den Minister stehen so tief, daß ich sie mit einem Erbarmensruf nicht rufen will. (Anhaltendes stürmischer Beifall. Viele Abgeordnete klatschen in die Hände. Große Unruhe. Abg. Adolf Hoffmann rief dem Präsidenten Leinert zu: Robert, dort hat die Polizei herausgetragen und jetzt redet Du so!)

Abg. Schell (Soz.): Die Maßnahmen in der Landwirtschaft betragen heute schon 5000. Die Regierung muß dafür sorgen, daß diese rückgängig gemacht werden und muß die Rechte der Landarbeiter schützen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter mehr Kartoffeln und auch ein bißchen Speck und Wurst bekommen, das ist das beste Mittel gegen den Hunger. Wenn man die Eisenbahnverhältnisse schließt, dann sollte man auch die

Aquis submersus.

(In den Tümpeln versunken.)

Novelle von Theodor Storm.

Nach Alfred Wachs, des Sechzigjährigen, Roman „Grote Füllunger“, der uns in das kleine Friesland eines heissen Städtchens führt, bringen wir jetzt das Werk eines Dänen, der seine Menschen aus dem nördlichen Deutschland nahm, dort, wo sie das nähere Land dem Meer abgerungen haben. Theodor Storm verleiht uns in seiner Novelle mit dem lateinischen Titel um einige Jahrhunderte zurück, als noch die Klüfte zwischen Bürgertum und Adel unüberwindlich war. In diesem Ständebüchel verhalten zwei junge Menschenherren und werden schuldlos schuldig an dem Tod eines dritten. Für diejenigen, die sich nach dem Leben der Novelle für die anderen Werke des Dichters interessieren, sei bemerkt, daß prächtige nach schöne Ausgaben bei Neclam (Weipzig) und Lillige bei Hensel (Halle) zu haben sind. —

In unserm zu dem früher herzoglichen Schlosse gehörigen, seit Menschenedenken aber ganz vernachlässigten „Schloßgarten“ waren schon in meiner Kindheit die einst im altfranzösischen Stile angelegten Parterreschnecken zu dünnen, geschnittenen Wegen ausgewandert; da sie jedoch immerhin noch einige Blätter tragen, so wissen wir Dänen, durch Laub der Bäume nicht verweht, so gleichwohl auch in dieser Form zu schätzen; und zumal von uns nachdenklichen Leuten wird immer der eine oder andere dort zu treffen sein. Wir pflegen dann unter dem dürftigen Schatteln nach dem sogenannten „Berg“ zu wandeln, einer kleinen Anhöhe in der nordwestlichen Ecke des Gartens oberhalb des ausgestreckten Bettes eines Fischteichs, von wo aus der weitlichen Aussicht nichts im Wege steht.

Die meisten mögen wohl nach Westen blicken, um sich an dem letzten Geirne der Markisen und darüberhin an der Silberküst des Meeres zu erheben, auf der das Schattenspiel der langgestreckten Felsen schwimmt; meine Augen wenden unwillkürlich sich nach Norden, wo, kaum eine Meile fern, der graue, spitze Kirchturm aus dem höher gelegenen, aber eben Krüsenland aufsteigt; denn dort liegt eine von den Stätten meiner Jugend. Der Pastorsohn aus jenem Dorfe befreundete mit mir die „Gelehrtenkinder“ meiner Vaterstadt, und unzählige Male sind wir am Sonnabend nachmittag zusammen dahingewandert, um dann am Sonntag abend oder Montag früh zu unserm Repos oder später zu unserm Cicero nach der Stadt zurückzukehren.

Es war damals auf der Mitte des Weges noch ein gut Stück ungedeckter Heide übrig, wie sie sich einst nach der einen Seite bis fast zur Stadt, nach der andern ebenso gegen das Dorf erstreckt hatte. Hier summten auf den Ästen des dastehenden Heidekrauts die Timmen und weißhaarigen Hummeln, und rannte unter dessen dünnen Stengeln der schöne, goldgrüne Lauffäher; hier in den Duftwolken der Erfen und des harzigen Vogelkirschen schwebten Edmetherlinge, die nirgend sonst zu finden waren. Mein ungeduldig dem Elternhause zustrebender Freund hatte oft seine liebe Not, seinen träumerischen Genossen durch all die Verwickelungen mit sich fortzubringen; hatten wir jedoch das angebaute Feld erreicht, dann ging es auch um desto munterer vorwärts, und bald, wenn wir erst den langen Sandweg hinaufwachten, erblickten wir auch schon über dem dunkeln Grün einer Kieferheide den Giebel des Pastorhauses, aus dem das Studierzimmer des Pastors mit seinen kleinen, blinden Fensterchen auf die bekannten Gasse hinabgrüßte.

Bei den Pastoren, deren einziges Kind mein Freund war, hatten wir allezeit, wie wir hier zu sagen pflegen, fünf Quadranten auf der Elle, ganz abgesehen von der wunderbaren Naturabspiegelung. Nur die Silberküst, der einzig hohe und also auch einzig verlockende Baum des Dorfes, die ihre Zweige ein gut Stück oberhalb des bemosten Straßdachs rauschten, war gleich dem Apfelbaum des Paradieses was verboten und wurde daher nur heimlich von uns erklettert; sonst war, soviel ich mich entsinne, alles erlaubt und wurde je nach unserer Altersstufe besichtigt von uns ausgeübt.

Der Hauptausflug unfrer Laten war die große „Priesterkoppel“, zu der ein Pflöckchen aus dem Garten führte. Hier wühlten wir mit dem den Waben angeborenen Instinkt die Nester der Leiden und der Graumücken auszuküpfen, deren wir dann die wiederholtesten Versuche abthateten, um nachzusehen, wie weit in den letzten zwei Stunden die Eier oder die Jungen nun geblieben seien; hier auf einer tiefen und, wie ich jetzt meine, nicht weniger als jene Pappel gefährlichen Wassergrube, deren Rand mit allen Weidenstümpfen dicht umrandet war, fingen wir die kleinen schwarzen Käfer, die wir „Wasserfranzosen“ nannten, oder ließen wir ein andermal amte auf einer eigens angelegten Werft erbaute Kriegsflotte aus Walnuszweigen und Schachteldeckeln schwimmen.

Im Spätsommer geschah es dann auch wohl, daß wir uns unfrer Koppel einen Raubzug nach des Küsters Garten machten, der gegenüber dem des Pastors an der andern Seite der Wassergrube lag; denn wir hatten dort von zwei verkrüppelten Apfelbäumen unsern Beuten einheimisch, wofür uns freilich ge-

legentlich eine freundschaftliche Drohung von dem gummigen alten Manne zugeht wurde.

So viele Jugendgedenken wuchsen auf dieser Priesterkoppel, in deren dürem Sandboden andere Blumen nicht gedeihen wollten; nur den schwarzen Luft der goldschweifigen Meisenfarn, die hier haufenweise auf allen Wällen hängen, wäre ich noch heute in der Erinnerung, wenn jene Zeiten mir lebendig wären.

Wohr eines dieses beidseitige und nur vorübergehend; meine dauernde Teilnahme dagegen erregte ein andres, dem mir selbst in der Stunde nicht an die Erde zu leben hatten. Ich meine damit nicht etwa die Mäherarbeiten der Sommer, die überall aus den Weidenbüschen des Straßes hervorragen, obwohl es anständig genug war im halbbaulichen Pfadstunde das Aus- und Einliegen der ersten Tümpeln zu beobachten; ich meine den viel größeren von der alten und unerschütterlich hartlichen Dorfkirche. Bis an den Schindeldach des hohen Turmes war sie von Grund auf aus Granitquadern errichtet und beherbergte, auf dem höchsten Punkte des Dorfes sich erhebend, die weite Schau über Heide, Strand und Wälder.

Die meiste Anziehungskraft für mich hatte indes das Innere der Kirche; schon der unerborene Schüssel, der von dem Apostel Petrus selbst zu kommen schien, erregte meine Phantasie. Und in der Tat erlöste er auch, wenn wir ihn glücklich dem alten Mitter abgemessen hatten, die Worte zu manchen wunderbaren Dingen, aus denen eine kindl vergangene Zeit hier wie mit Finstern, dort mit indlich frommen Augen, aber immer in geheimnisvollem Schweben zu uns Lebenden aufblühte.

Da hing mitten in die Kirche hinab ein schrecklich übermenschlicher Kreuzfries, dessen hegere Glieder und verzerrtes Antlitz mit Blut überfrieselt waren; dem zur Seite an einem Mauerpfeiler haßte gleich einem Meise die braungefärbte Kugel, an der aus Frucht- und Wattenwinden allerlei Tier- und Lebewesen sich hervorzufragen schienen. Besondere Anziehungskraft aber übte der große, geschnitte Marienkrän im Chöre der Kirche, auf dem in bemalten Figuren die Leidensgeschichte Christi dargestellt war; so hellam milde Gesichter, wie das des Raibes oder die der Kriegsknechte, die in ihren goldenen Harnischen um das Kreuzigten Wankel wirkten, bekam man draußen im Markstein nicht zu sehen; trübsich damit kontrastierte nur das holde Antlitz der am Kreuze hingefundenen Maria; ja, sie hätte leicht mein Markstein mit einer phantastischen Reizung bezaubern können, wenn nicht ein andres mit noch härterem Reize des Geheimnisvollen mich immer wieder von ihr abgezogen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Bureauarbeiten entlassen. Die der Menschheit unendlich... (Text continues with political commentary on administrative tasks and social issues.)

bringen nicht. (Hört, hört!) Ich bin überzeugt, daß sich der... (Continuation of the speech, discussing the role of the party and the masses.)

ausgesprochenen Charakter des Politischen

gewesen. (Hört, hört!) Das müssen sich die Unabhängigen von... (Detailed political analysis and critique of the current situation.)

Amache wird die Weiterberatung auf Sonntag den 12. Uhr... (Notice regarding a meeting or assembly.)

Provinz und Umgegend.

Warnung an Angehörige von Kriegsgefangenen.

In der Umgegend von Magdeburg treibt sich seit einiger... (Warning about the activities of war prisoners and their families.)

Kreis Wanzleben.

Wanzleben, 31. Januar. (Zu den Elternbeirats... (Local news from Wanzleben.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Wolmirstedt, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Wolmirstedt.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Kreis Aschersleben.

Aschersleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Aschersleben.)

Veranstalten können und die Sozialdemokratie bei ihrer Arbeit... (Continuation of the main article.)

Wanzleben, 31. Januar. (Gemeindevertreter... (Local news from Wanzleben.)

Neuhaldensleben, 31. Januar. (Der Sozialdemo... (Local news from Neuhaldensleben.)

Stegereben, 31. Januar. (Landarbeiterverband... (Local news from Stegereben.)

Aschersleben, 31. Januar. (Eine Volksversam... (Local news from Aschersleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Die Einwohnerversam... (Local news from Wanzleben.)

gerempelt und dann mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen... (Continuation of the main article.)

Schönebeck, 31. Januar. (Eine Parteiversam... (Local news from Schönebeck.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Stahlfeld, 31. Januar. (Für die Arbeiter... (Local news from Stahlfeld.)

Kleine Chronik.

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die Verbrecher von Schweißmühl. In Schweißmühl... (Short news item.)

Niederländischer Einarmiger. Die Straßammer... (Short news item.)

Die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft muß gemein... (Political statement.)

Arbeiterjugendbewegung fördern! Wo sich bei der Gründung von Arbeiterjugendvereinen... (Call to action.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Wanzleben, 31. Januar. (Eine Funktionärssitzung... (Local news from Wanzleben.)

Advertisement for 'Grenz-Spende' (Border Contribution) for the Volksabstimmungen (People's Referendums) in Prussia. It includes contact information for the Berlin office and the Prussian State Bank.

Der Tagelöhner... Das nicht mehr... Das ist unangenehm... Das ist unangenehm... Das ist unangenehm...

Die Tage rinnen... hinter die Hand... hinter die Hand... hinter die Hand...

Was Argentinen...

Einmal Argentinen... das ist ein... das ist ein... das ist ein...

Die Erde... die Erde... die Erde... die Erde...

Was ist ein Gütergang?

Die Güter... die Güter... die Güter... die Güter...

Die Erde... die Erde... die Erde... die Erde...

Was ist meine Heimat...

Das ist... das ist... das ist... das ist...

Die Wissenschaft... die Wissenschaft... die Wissenschaft...

Was ist meine Heimat...

Das ist... das ist... das ist... das ist...

Die Erde... die Erde... die Erde... die Erde...

Was ist meine Heimat...

Das ist... das ist... das ist... das ist...

Die Wissenschaft... die Wissenschaft... die Wissenschaft...

Was ist meine Heimat...

Das ist... das ist... das ist... das ist...

Die Erde... die Erde... die Erde... die Erde...

Was ist meine Heimat...

Das ist... das ist... das ist... das ist...

